



## PRODUKTSICHERHEIT

# Inhalt



© EKH-Pictures - stock.adobe.com

## Titel

- 04 Die neue Produktsicherheitsverordnung
- 06 Absturzsicherungen auf Autotransportwagen bei Eisenbahnen

## Themen

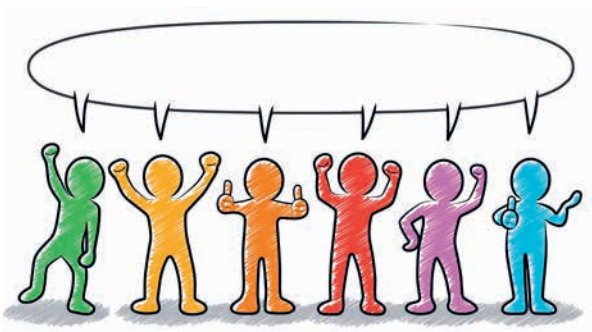
- 08 Drei Fragen an... Dr. Michael Stephan, verantwortlich für „Normung und Standardisierung“ bei DIN
- 09 Künstliche Intelligenz zur Förderung der Sicherheit am Arbeitsplatz – INRS-Forschungsstudie
- 11 Arbeitsschutzinstitutionen mehrerer Länder verabschieden Position zur Normung
- 12 ANEC: Die europäische Stimme der Verbraucher in der Normung



© eienabsl - stock.adobe.com

## 14 Kurz notiert

- Konsultation zur Überarbeitung der EU-Normungsverordnung
- 8. EUROSHNET-Konferenz 2024 in Krakau
- Neue Leitung der Europavertretung der KAN in Brüssel
- Neuer Direktor bei der EU-OSHA
- Publikationen



© www.snyGGG.de

## 40 Termine

### Immer auf dem neuesten Stand:



[www.kan.de](http://www.kan.de)



[KAN\\_Arbeitsschutz\\_Normung](https://www.instagram.com/KAN_Arbeitsschutz_Normung)



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung

**Benjamin Pfalz**

Vorsitzender der KAN  
IG Metall

## Neuregelung der Produktsicherheit mit Auswirkungen auf den Arbeitsschutz

Die Debatten um die Neufassung der Produktsicherheitsrichtlinie wurden weniger prominent vorangetrieben als bei der EU-Maschinenverordnung. Dabei geht es um eine Reihe von wichtigen Klarstellungen, etwa zum Aspekt der wesentlichen Produktänderung. Weitere Ergänzungen sorgen für mehr Rechtssicherheit, für eine Stärkung der Verbraucherrechte und für die Berücksichtigung von Sicherheitsrisiken, die mit neuen Technologien zusammenhängen. Zudem gilt die Pflicht zur Durchführung einer Sicherheitsbewertung und Dokumentation nun explizit auch für alle Verbraucherprodukte. Insgesamt werden die Pflichten der Wirtschaftsakteure steigen. Die neue Produktsicherheitsverordnung wird ab dem 13. Dezember 2024 die bisherige Richtlinie ablösen und unmittelbare Geltung entfalten.

Obwohl die Verordnung auf Verbraucherprodukte abzielt, profitiert auch der Arbeitsschutz davon, wenn sichere Produkte als Arbeitsmittel zur Anwendung kommen und die verordneten Vorgaben in Normen angemessen spezifiziert werden. Denn klar ist: Die Normung spielt, dem Neuen Rechtsrahmen folgend, eine maßgebliche Rolle. Dies wird auch daran deutlich, dass ein Produkt als sicher anzusehen ist, wenn es den harmonisierten Normen entspricht bzw. nationalen gesetzlichen Anforderungen, sofern diese nicht im Widerspruch zum europäischen Recht stehen.

Der schon bisher große Einsatz von Arbeitsschutzfachleuten in der Normung darf auch künftig nicht fehlen, um ein hohes Schutzniveau aufrechtzuerhalten. Die KAN unterstützt den Prozess als Plattform und strategischer Partner auch und gerade unter den neu gefassten Rahmenbedingungen der Verordnung. «

# Die neue Produktsicherheitsverordnung

Ab dem 13. Dezember 2024 ersetzt die Produktsicherheitsverordnung (EU) 2023/988 vom 10. Mai 2023 die bislang bestehende Produktsicherheitsrichtlinie 2001/95/EG. Als Verordnung gilt sie unmittelbar in allen Mitgliedstaaten, ohne dass sie in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Die Produktsicherheitsverordnung (ProdSVO)<sup>1</sup> fußt auf dem Neuen Rechtsrahmen<sup>2</sup>, der die Marktüberwachung, Akkreditierung, Konformitätsbewertung und CE-Kennzeichnung für Produkte vereinheitlicht. Der verfügbare Teil ist im Hinblick auf Begriffsbestimmungen, Verfahrensweisen und Pflichtenkataloge deutlich gewachsen. Dennoch bleibt das europäische Produktsicherheitsrecht in seinem Kern unverändert.

## Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeines Sicherheitsgebot

Auch wenn Artikel 2 ProdSVO es auf den ersten Blick anders erscheinen lässt, hat sich der Anwendungsbereich nicht geändert. Nach wie vor ist erklärtes Ziel, ein hohes Verbraucherschutzniveau zu gewährleisten und den Binnenmarkt ohne Grenzen zu verwirklichen. Erstmals aufgenommen wurden jedoch Definitionen von Begriffen wie Risiko, Einführer und Fulfilment-Dienstleister, die im europäischen Produktrecht seit Längerem verankert sind. Auch die Definitionen verschiedener Normungsbegriffe wie europäische Norm und europäische Normungsorganisation wurden aufgenommen. Sie verweisen auf die Definitionen der europäischen Normungsverordnung und schaffen damit Klarheit bei der Anwendung. Anders als bisher sind nun explizit alle Wirtschaftsakteure verpflichtet, ausschließlich sichere Produkte in Verkehr zu bringen oder auf dem Markt bereitzustellen. Produkt ist unverändert jeder Gegenstand, der für Verbraucher bestimmt ist oder unter vernünftigerweise vorhersehbaren Bedingungen von diesen benutzt wird.

## Sicherheitsbewertung von Produkten

Das Verfahren der Sicherheitsbewertung hat sich zwar nicht wesentlich geändert. Die neuen Artikel 6 bis 8 ProdSVO regeln sie jedoch sehr viel detaillierter. Maßgeblich ist zunächst die Konformitätsvermutung des Artikel 7 Abs. 1. Demnach gilt ein Produkt als sicher, wenn es den anwendbaren europäischen Normen entspricht, deren Fundstellen im Amtsblatt veröffentlicht worden sind – oder, wenn solche nicht bestehen, nationalen gesetzlichen Anforderungen, sofern diese nicht im Widerspruch zum europäischen Recht stehen. Aus Gründen der Harmonisierung wird die Europäische Kommission ermächtigt, mittels Durchführungsrechtsakten zu bestimmen, welche spezifischen Sicherheitsanforderungen durch europäische Normen geregelt werden sollen.

Darüber hinaus listet Artikel 6 eine Vielzahl von Aspekten auf, die in das Bewertungsverfahren einzubeziehen sind. Bedeutsam sind etwa Cybersicherheitsmerkmale, über die ein Produkt verfügen muss, um es vor äußeren Einflüssen zu schützen. Hinzu kommen sich entwickelnde, lernende und prädiktive Funktionen des Produkts, womit Künstliche Intelligenz gemeint ist. Schließlich können, wenn die Konformitätsvermutung nicht greift, gemäß Artikel 8 weiterhin auch untergesetzliche Normen und Standards berücksichtigt werden.

## Pflichten der Wirtschaftsakteure

Bereits durch seinen Umfang lässt Kapitel III ProdSVO erkennen, dass dem europäischen Gesetzgeber an einer abschließenden Regelung gelegen war. Die produktsicherheitsrechtlichen Pflichten orientieren sich wie bislang an der Nähe, die ein Wirtschaftsakteur zu dem Produkt aufweist. Infolgedessen ist zunächst der **Hersteller** eines Produkts Adressat der Pflichten. Als Hersteller gilt aber auch derjenige, der ein Produkt unter seinem Namen oder seiner Handelsmarke vertreibt. Erstmals kodifiziert wurde nun ausdrücklich, dass auch derjenige als Hersteller gilt, der eine wesentliche Änderung an einem Produkt vornimmt; gleichzeitig ist die Änderung als solche definiert worden.

Geregelt ist auch die Figur des **Bevollmächtigten**, den man bereits aus der Marktüberwachungsverordnung kennt; seine Rolle wird aber durch zusätzliche Pflichten wie die Prüfung der technischen Unterlagen modifiziert. Der Hersteller muss den zuständigen Behörden Unfälle, die durch eines seiner Produkte verursacht wurden, mitteilen. Einführer und Händler müssen solche Erkenntnisse an den Hersteller rückmelden.

Alle Wirtschaftsakteure müssen interne Verfahren etablieren, die die Gewährleistung der sie betreffenden Pflichten sicherstellen (Artikel 14). Für bestimmte Produkte und Produktkategorien kann die Kommission ein Rückverfolgbarkeitssystem einrichten, in das Daten einzustellen sind, „anhand derer das Produkt, seine Komponenten oder die an seiner Lieferkette beteiligten Wirtschaftsakteure identifiziert werden können“. Diese internen Konformitätsbewertungspflichten bestanden zwar auch vorher, waren aber nicht derart im Vordergrund der marktaufsichtlichen Überwachung und verstärken den Eindruck, dass der Europäische Gesetzgeber vermehrt Systeme im Blick hat und nicht allein rechtskonforme Produkte.

#### **Fernabsatzhandel, Online-Marktplätze**

Wer ein Produkt im Fernabsatz anbietet, muss Kontaktmöglichkeiten des Herstellers oder Produktverantwortlichen, eine Abbildung des Produkts und alle erforderlichen Warnhinweise und Sicherheitsinformationen zur Verfügung stellen. In zwölf Absätzen ausführlich geregelt sind die neuartigen Pflichten von Anbietern von Online-Marktplätzen gemäß Artikel 22 ProdSVO. Dazu gehört etwa die Einrichtung je einer **Kontaktstelle** für Marktüberwachungsbehörden und Verbraucher, Regelungen zu behördlichen Anordnungen, Produktrückrufen und Kooperationspflichten.

#### **Marktüberwachung**

Die Marktüberwachung richtet sich nach VO (EU) 2019/1020, die in Teilen für anwendbar erklärt wird. Über das Schnellwarnsystem Safety Gate (ehemals RAPEX) melden weiterhin die Mitgliedstaaten unsichere Produkte. Daneben wird das Safety-Business-Gateway eingerichtet, das für die einfache Kommunikation zwischen Wirtschaftsakteuren und Online-Marktplatz-Betreibern einerseits und den Marktüberwachungsbehörden und Verbrauchern andererseits konzipiert ist.

#### **Schlussbemerkungen**

Die europäische Zusammenarbeit zwischen Marktüberwachungsbehörden untereinander und mit der Kommission wird intensiviert. Zur behördlichen Kommunikation und Koordination wird ein Netzwerk für Verbrauchersicherheit errichtet. Zudem sind koordinierte Kontrollmaßnahmen zu bestimmten Produkten oder Produktkategorien vorgesehen. Auch die Kommission kann – auf eigenen Anlass oder auf Initiative eines Mitgliedstaates hin – bei Risiken für die Gesundheit und Sicherheit von Verbrauchern, die auf ein Produkt zurückgehen, in Form von Durchführungsrechtsakten Maßnahmen einschließlich Verboten des Inverkehrbringens ergreifen.

*Philipp Reusch*  
**Rechtsanwalt; Partner und  
Gründer von reuschlaw**  
[p.reusch@reuschlaw.de](mailto:p.reusch@reuschlaw.de)

<sup>1</sup> <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2023/988/oj>

<sup>2</sup> Bestehend aus: VO (EG) Nr. 765/2008, Beschluss Nr. 768/2008 und VO (EU) 2019/1020

# Absturzsicherungen auf Autotransportwagen bei Eisenbahnen

Zum Transport von Personenkraftwagen (Pkw) kommen bei Eisenbahnen seit vielen Jahren unter anderem doppelstöckige offene Autotransportwagen zum Einsatz. Bei den Be- und Entladevorgängen werden Beschäftigte auch auf der oberen Ladeebene von Eisenbahnfahrzeugen tätig. Diese weisen jedoch Absturzsicherungen mit einer Geländerhöhe weit unter 1,00 Meter auf. Die neue Schrift „Fachbereich AKTUELL FBVL-011“ will die Gefährdungen für die Beschäftigten minimieren und beteiligte Unternehmen dabei unterstützen, wirksame Sicherheitsmaßnahmen gegen Absturz zu ergreifen.

Bei den Tätigkeiten des Be- und Entladens von offenen Autotransportwagen, z.B. beim Gehen neben Personenkraftwagen oder beim Anbringen/Entfernen von Ladesicherungen, bestehen für die Beschäftigten Gefährdungen durch Absturz. Diese ergeben sich dadurch, dass sich die obere Ladeebene in einer Höhe von ca. 2,6 Metern über der Schienenoberkante befindet, an den Längsseiten angebrachte waagerechte Seile jedoch lediglich eine Höhe von 0,6 Metern über der begehbaren Ladeebene aufweisen (siehe Abbildung 1).

Begründet wird diese niedrige Höhe dadurch, dass nach der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Rangier- und Zugfahrten bestimmte Umgrenzungen für Eisenbahnfahrzeuge einzuhalten sind. Höhere Geländer wurden in der Vergangenheit aufgrund möglicher Fehlbedienungen und daraus unkalkulierbaren Gefährdungen für den Eisenbahnbetrieb während der Fahrbewegung abgelehnt (z.B. wenn die Geländer vor Beginn der Fahrt nicht heruntergeklappt werden). Außerdem sind rechtliche Bestimmungen des Eisenbahnbetriebes zu beachten, die den Einsatz von ortsfesten Einrichtungen mit Absturzsicherungen aufgrund zu geringer Abstände zwischen zwei Gleisen häufig nicht ermöglichen.

Zur Minimierung der Gefährdungen für Beschäftigte durch Absturz wurden in der Vergangenheit organisatorische und betriebliche Sicherheitsmaßnahmen festgelegt, z.B. Einsatz von tauglichem und besonders unterwiesenem Personal oder Verwenden von trittsicherem Schuhwerk.

## Aktualisierte Betrachtung nach Änderung der rechtlichen Vorgaben

Die Tätigkeiten des Be- und Entladens auf offenen Autotransportwagen wurden und werden bis heute – zumindest teilweise – entsprechend den zuvor genannten Festlegungen ausgeführt.

Recherchen haben ergeben, dass die in Europa gebauten und zu verladenden Personenkraftwagen über die letzten 20 Jahre durchschnittlich zehn Zentimeter breiter und 20 Zentimeter länger geworden sind. Unverändert blieben jedoch die Abmessungen der Autotransportwagen. Infolgedessen haben sich die nutzbaren Räume/Abstände für die Beschäftigten auf den Autotransportwagen verkleinert, so dass sich das Risiko des Abstürzens weiter erhöht.



Offener Autotransportwagen mit zwei Ladeebenen und Geländerhöhe 60 cm

Rechtlich gesehen sind Eisenbahnfahrzeuge Arbeitsmittel. Somit fallen auch Autotransportwagen unter den Geltungsbereich der Betriebssicherheitsverordnung. In den Technischen Regeln für Betriebssicherheit „Gefährdung von Beschäftigten durch Absturz – Allgemeine Anforderungen“ (TRBS 2121) wird konkretisiert, wie Gefährdungen zu beurteilen und Maßnahmen gegen Absturz zu gestalten sind. Daraus folgt, dass grundsätzlich das jeweilige Umschlagsunternehmen für die Tätigkeiten im Rahmen des Pkw-Umschlags geeignete Sicherheitsmaßnahmen gegen Absturz festlegen muss. Erschwert werden die Maßnahmen des Arbeitsschutzes jedoch dadurch, dass an Fahrzeugtransporten verschiedene Unternehmen mittelbar und unmittelbar beteiligt sind, z.B. die Hersteller der Eisenbahnfahrzeuge, Betreiber der Gleisanlagen, Eisenbahn-Transportunternehmen, Versender der Kraftfahrzeuge sowie die Terminalbetreiber und deren Subunternehmen, die die Umschlagarbeiten durchführen.

### Geeignete Lösungsansätze im Blick

Da es kostenintensiv und in vorhandenen Gleisanlagen schwierig bis nicht umsetzbar ist, geeignete Einrichtungen gegen Absturz wie Gerüste zur Verfügung zu stellen, sollten vorrangig sichere Arbeitsmittel – also Autotransportwagen mit Sicherung gegen Absturz in ausreichender Höhe – zum Einsatz kommen.

Zwischenzeitlich bieten mehrere Hersteller Autotransportwagen mit klappbaren Geländern an, die in aufgestellter Position eine Höhe von mindestens 1,00 Meter aufweisen und das Schutzniveau für die Beschäftigten deutlich erhöhen. Diese Geländer stellen den Stand der Technik dar, der auch den Anforderungen der Betriebssicherheitsverordnung hinsichtlich der Absturzgefährdung entspricht.

Das Sachgebiet „Bahnen (Spurgeführte Verkehrssysteme)“ der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) setzt sich gemeinsam mit der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen, dem Eisenbahn-Bundesamt und der KAN dafür ein, auf das Absturzrisiko bei Tätigkeiten auf offenen Autotransportwagen hinzuweisen und möglichst zeitnah die Gefährdungen für die Beschäftigten zu reduzieren. Deswegen hat das Sachgebiet eine „FB AKTUELL“ erarbeitet, welche vom Fachbereich „Verkehr und Landschaft“ (FB VL) der DGUV im März 2023 veröffentlicht wurde<sup>1</sup>. Darin werden die Problematik beschrieben und geeignete Lösungsansätze aufgezeigt.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Hersteller von Arbeitsmitteln – auch von Eisenbahnfahrzeugen – die mit dem Einsatz verbundenen Sicherheitsrisiken bewerten, entsprechende Sicherheitsmaßnahmen festlegen und beim Bau der Eisenbahnfahrzeuge berücksichtigen müssen. Dabei sind andere Akteure zu beteiligen bzw. deren Sicherheitspflichten hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten zu beachten. Diesen Sachverhalt gilt es bereits bei der Bestellung von Autotransportwagen zu berücksichtigen.

<sup>1</sup> <https://publikationen.dguv.de>, Suche: FBVL-011

Die **Fachbereich AKTUELL** „**FBVL-011**“ will die beteiligten Unternehmen beim Transport von Personenkraftwagen mit Autotransportwagen dabei unterstützen, wirksame Sicherheitsmaßnahmen gegen Absturz zu treffen und somit Beschäftigten, die auf den Ladeebenen von Autotransportwagen tätig werden, ein sicheres und unfallfreies Arbeiten zu ermöglichen.



Mehr zur komplexen Verzahnung von Eisenbahnrecht und Arbeitsschutz:

[www.kan.de/arbeitsgebiete/transport-und-verkehr/eisenbahnen](http://www.kan.de/arbeitsgebiete/transport-und-verkehr/eisenbahnen)

*Dipl.-Ing. Gerhard Heres*

*Unfallversicherung  
Bund und Bahn*

*Referat Prävention –  
Bereich Bahn*

*Mitglied im DGUV-Sachgebiet  
„Bahnen (Spurgeführte  
Verkehrssysteme)“*

*[gerhard.heres@uv-bund-bahn.de](mailto:gerhard.heres@uv-bund-bahn.de)*

# Drei Fragen an... Dr. Michael Stephan, verantwortlich für „Normung und Standardisierung“ bei DIN

Dr. Michael Stephan ist nach verschiedenen Stationen in der Wirtschaft seit 2016 Mitglied der DIN-Geschäftsleitung. Seit 2018 verantwortet er den Bereich „Normung und Standardisierung“.

## Mehrere neue EU-Rechtsakte verleihen der Europäischen Kommission die Befugnis, in Common Specifications Anforderungen an Produkte festzulegen. Was bedeutet das für die Normung?

Höchstwahrscheinlich bedeutet es einen höheren Orientierungs- und Erfüllungsaufwand, und es könnte zu konkurrierenden technischen Anforderungen kommen. Für die Erarbeitung von harmonisierten europäischen Normen gibt es einen klaren Rahmen, der unter anderem durch die europäische Normungsverordnung festgelegt ist. Darin erhalten die europäischen Normungsorganisationen Rechte und Pflichten gleichermaßen. Zum Beispiel müssen sie für transparente Verfahren sorgen und eine möglichst breite Einbindung von Stakeholdern sicherstellen – insbesondere auch aus kleinen und mittleren Unternehmen, von Verbrauchern und Umweltschutzorganisationen. Für Common Specifications gibt es weder festgelegte Anforderungen an den Erarbeitungsprozess noch an Transparenz und die breite Beteiligung der interessierten Kreise. Auch müssen die Inhalte nicht zwingend mit dem bestehenden europäischen Normenwerk kongruent sein. Ich bin daher der Meinung, dass Common Specifications immer nur eine Notlösung sein können und die Erarbeitung harmonisierter europäischer Normen stets Vorrang haben sollte.

## Kürzlich forderte eine EU-Generalanwältin, dass harmonisierte Normen kostenlos sein müssten. Wie steht DIN dazu?

Die Forderung wurde in einem gerichtlichen Verfahren erhoben, welches derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) geführt wird. Abzuwarten bleibt, ob beziehungsweise in welchem Umfang der EuGH in seinem Urteil der Forderung der Generalanwältin folgt. Gegebenenfalls kann dies erhebliche negative Auswir-

kungen auf die europäische Wirtschaft und das System der europäischen Normung haben. Die Frage wäre nicht nur, ob und wie innerhalb dieses Systems entwickelte harmonisierte europäische Normen in Zukunft kostenfrei veröffentlicht werden müssen. Vor allem kann das Urteil zu einer Entkopplung der europäischen Normung von der internationalen Normung führen. Denn wenn der urheberrechtliche Schutz entfallen sollte, ist zu erwarten, dass ISO oder IEC die Inhalte ihrer internationalen Normen nicht mehr wie bislang der europäischen Normung zur Verfügung stellen. Mit einer solchen Entkopplung hätten wir unser heute gut funktionierendes Normungssystem außer Kraft gesetzt, was dann im Endeffekt zur Schaffung von Handelshemmnissen führen könnte.

Das Zusammenspiel von EU-Gesetzgebung und Normung ist aus meiner Sicht ein Garant dafür, dass die Regulierung technischer Details praxistauglich gestaltet und fortlaufend an den Stand der Technik angepasst wird. Diese Leistung erbringt seit über 30 Jahren die privatwirtschaftlich organisierte Normung, die den Unternehmen damit einen einfachen Zugang zum Binnenmarkt ermöglicht. Der Gesetzgeber dagegen beschränkt sich auf die Regulierung der wesentlichen Anforderungen. Die Forderung der Generalanwältin könnte man letztendlich also auch als das Ende dieser erfolgreichen Public-Private-Partnership verstehen.

## Die Baby-Boomer-Generation geht demnächst in Ruhestand. Stellt das nicht auch die Normungsarbeit vor enorme Probleme?

Diese Herausforderung ist für uns genauso groß wie für unsere Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt. Wir merken das heute bereits bei der Gewinnung eigener Mitarbeitender bei uns im DIN e. V., aber auch bei den Experten und Expertinnen, die letzt-



Dr. Michael Stephan

endlich die Inhalte der Normen erarbeiten. Wir begegnen dieser Herausforderung auf vier Ebenen:

1. Wir verstärken unser Angebot für Hochschulen, damit Auszubildende und Studierende frühzeitig mehr über die Normung erfahren, denn wir brauchen sie in ihrem späteren Berufsleben in den Normungsgremien.
2. Das DIN Young Professionals Netzwerk erleichtert neuen Fachleuten den Einstieg in die Normung und bietet eine Plattform zum Austausch.
3. Die weitere Digitalisierung hin zu Smarten Standards soll es ermöglichen, Normen effizient zu nutzen. Damit schaffen wir Möglichkeiten, Normen automatisiert anzuwenden sowie auch mittels KI den Zugang zu Normen zu vereinfachen.
4. Als Arbeitgeber wollen wir natürlich mit attraktiven Arbeitsbedingungen und aktuellen Themen auch neue Mitarbeitende begeistern, denn Normung bleibt für unsere Wirtschaft und Gesellschaft überaus wichtig, um einen sicheren und vertrauensvollen Stand der Technik zu beschreiben.



# Künstliche Intelligenz zur Förderung der Sicherheit am Arbeitsplatz – INRS-Forschungsstudie

Investitionen in KI-Technologien haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Auch der Bereich des Arbeitsschutzes scheint wissenschaftlichen Veröffentlichungen<sup>1</sup> zufolge ein potenzieller Wachstumsmarkt zu sein. Der Verwaltungsrat des französischen Arbeitsschutzinstituts INRS hat daher 2022 eine Zukunftsstudie<sup>2</sup> angestoßen, die für den Zeitraum bis 2035 mögliche Einsatzfelder der künstlichen Intelligenz für den Arbeitsschutz untersucht.

Ziel der Studie war es, das Potenzial der neuen KI-Technologien für die Prävention von arbeitsbedingten Risiken zu erkunden. Dabei sollten sowohl die Stärken dieser Entwicklung berücksichtigt werden als auch Aspekte, die besonders wachsam beobachtet werden müssen. Als Ergebnis sollten Handlungsstrategien für die Praxis abgeleitet werden, um die Möglichkeiten, die die Künstliche Intelligenz allen Beteiligten in der Prävention bietet, auch tatsächlich auszuschöpfen.

Drei Anwendungsbereiche im Bereich des Arbeitsschutzes wurden ausgewählt, auf die sich die Studie konzentrieren sollte:

- die Analyse sehr großer Datenmengen durch KI-Systeme, die für epidemiologische Studien oder die Unfallforschung genutzt werden kann
- die Verbesserung der Sicherheit der Arbeitsumgebung durch KI-gesteuerte Sensoren und Systeme
- fortgeschrittene Robotik, die es ermöglicht, dass Mensch und Roboter zusammenarbeiten oder dass bei anstrengenden oder gefährlichen Tätigkeiten Maschinen den Menschen ersetzen

Technologien, die zwar indirekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen können, aber hauptsächlich wirtschaftlichen Interessen dienen, wurden aus der Betrachtung ausgeschlossen. Dies geschah auf Empfehlung einer eigens für die Studie eingerichteten Arbeitsgruppe aus KI-Fachleuten, Vertretern von Unternehmen und Arbeitsschutzfachleuten.

## Ergebnisse der Studie

Die wichtigsten Erkenntnisse der Zukunftsstudie wurden in Form von Kernbotschaften aufbereitet, die Arbeitsschutzfachleuten zu einem besseren Verständnis der Thematik verhelfen und ihnen Handlungselemente für zukünftige Entwicklungen an die Hand geben sollen.

Die wichtigste Botschaft ist, dass diese Technologien für die Prävention von großer Bedeutung sind: Erkennungstechnologien, die auf der Analyse von Felddaten basieren, haben spektakuläre Fortschritte gemacht. Darin scheint großes Entwicklungspotential für Systeme zur Sicherung der Arbeitsumgebung zu stecken. Darüber hinaus kann die Automatisierung bestimmter Aufgaben, die dank dieser Technologien möglich ist, Arbeitnehmer zukünftig von gefährlichen Tätigkeiten entbinden.

Die Entwickler und Vertrieber von KI-Systemen agieren jedoch teils fernab der grundlegenden Werte, auf denen der Arbeitsschutz in Europa und in Frankreich beruht. Es ist wichtig, bei der weiteren Entwicklung der Systeme darauf hinzuwirken, dass sie mit diesen Werten übereinstimmen. Da sich diese Technologien jedoch erst noch in der Praxis bewähren müssen, darf sich der Arbeitsschutz künftig nicht ausschließlich darauf stützen. Bei allen Vorteilen, die für die drei oben genannten Anwendungsfelder gezeigt wurden, besteht gleichzeitig das große Risiko, dass diese Technologien aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ins Zentrum der Arbeitsorganisation rücken und die menschliche Arbeit infolgedessen in den Hintergrund gerät. Zudem ist zu bedenken, dass Arbeitsunfälle häufig in atypischen Situationen geschehen, beispielsweise bei Abweichungen von den gewohnten Arbeitsumständen, technischen Störungen oder Wartungsarbeiten. KI-Systeme können diese außergewöhnlichen Umstände nicht immer vorhersehen, was ihre Anwendungsmöglichkeiten einschränkt.

### Handlungsempfehlungen

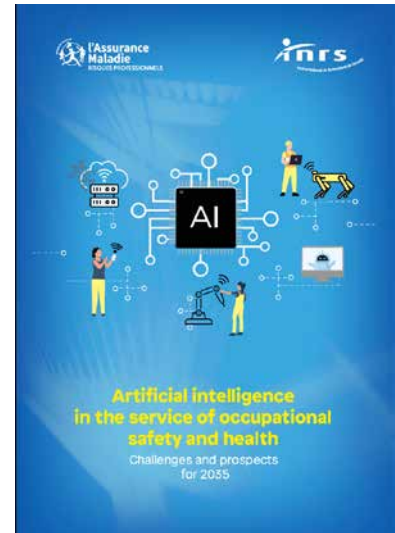
Als Ergebnis der Studie hat die Arbeitsgruppe eine Reihe von Handlungsempfehlungen formuliert:

Angesichts der technischen Komplexität und der Undurchsichtigkeit der KI-Systeme sollten sich die Bemühungen zuallererst auf die Aus- und Fortbildung der verschiedenen Beteiligten richten, damit diese umfassende Kenntnisse über die Funktionsweise der Systeme, die damit verbundenen ethischen Herausforderungen, den rechtlichen Rahmen und die möglichen Risiken erlangen. Diese Initiative sollte schon früh im Prozess ansetzen und auch diejenigen einbeziehen, die diese Systeme entwickeln und konstruieren. Aus- und Weiterbildungen zum Thema Arbeitsschutz sind notwendig, um sie für die mit diesen Technologien verbundenen Risiken zu sensibilisieren und sie dazu anzuhalten, in ihren Algorithmen für die Einhaltung der Präventionsgrundsätze Sorge zu tragen.

Parallel zu den Schulungsmaßnahmen sollte besondere Aufmerksamkeit der Erstellung von Normen und Vorschriften für KI-Technologien gewidmet werden. Die neuen Regelungen müssen die Grundsätze des Arbeitsschutzes systematisch berücksichtigen und würden damit zur Entwicklung sicherer Arbeitsmittel beitragen.

Schließlich ist besondere Wachsamkeit darüber geboten, wie die gesammelten Daten verwendet werden, die für das Funktionieren von KI-Systemen erforderlich sind. Der Schutz der persönlichen Daten der Beschäftigten muss stets gewahrt bleiben. Außerdem ist bei der Auswahl und Verarbeitung der Daten darauf zu achten, dass während der Lernphase der Systeme keine Verzerrungen entstehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Fortschritte der KI auch neue Perspektiven für den Arbeitsschutz eröffnen, gleichzeitig aber wie jede Veränderung Risiken mit sich bringen. Arbeitsschutzorganisationen müssen daher schon heute an der Entwicklung und Verbreitung methodischer Instrumente arbeiten, die allen Beteiligten Orientierung bei diesen Innovationen bieten.



Jennifer Clerté

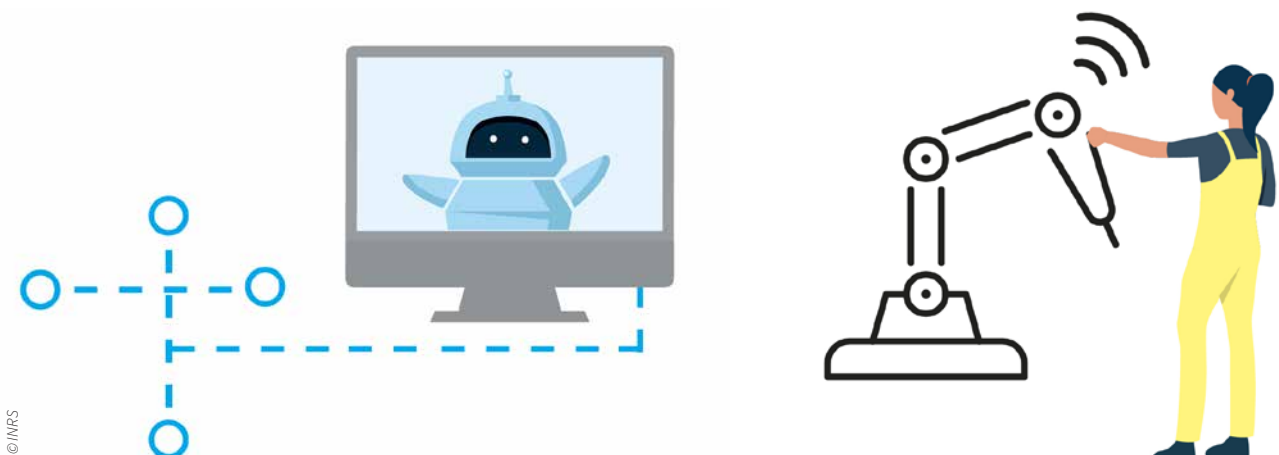
INRS

Referentin für Beobachtung  
und Zukunftsfragen

[jennifer.clerte@inrs.fr](mailto:jennifer.clerte@inrs.fr)

<sup>1</sup> [www.mdpi.com/1660-4601/18/13/6705](http://www.mdpi.com/1660-4601/18/13/6705)

<sup>2</sup> Zusammenfassung der Studie:  
<https://en.inrs.fr/inrs/strategic-plan/foresight-exercise.html> (Englisch),  
[www.inrs.fr/inrs/prospective-quel-travail-demain.html](http://www.inrs.fr/inrs/prospective-quel-travail-demain.html) (Französisch)



# Arbeitsschutzinstitutionen mehrerer Länder verabschieden Position zur Normung

Im Jahr 2014 haben die französischen Arbeitsschutzinstitute EUROGIP und INRS sowie die KAN die „Gemeinsame Erklärung zur Normungspolitik im Bereich des Arbeitsschutzes“ verabschiedet. Sie befasste sich mit damals neu aufkommenden Themen wie der Rolle neuer Normungsdokumente, der Normung im Bereich der Dienstleistungen oder der Normung von Managementsystemen. Die Erklärung wurde nun aktualisiert.

Das 2014 als „Bonner Erklärung“ gemeinsam verabschiedete Positionspapier behandelt aktuelle Themen des Arbeitsschutzes in der europäischen Normung. Im Jahr 2016 schloss sich auch das polnische Arbeitsschutzinstitut CIOP-PIB der Erklärung an. In den Jahren seit der Verabschiedung haben sich viele neue Themen in der Normung ergeben. Die unterzeichnenden Institutionen haben daher einen Überarbeitungsprozess eingeläutet, um das Dokument auf einen aktuellen Stand zu bringen und um zusätzliche Aspekte, welche die Normungsarbeit in der Gegenwart und in der Zukunft maßgeblich beeinflussen, zu ergänzen.

Ziel war es außerdem, weitere europäische Arbeitsschutzinstitutionen für die Erklärung zu gewinnen. Über das Netzwerk EUROSHNET wurden weitere Institutionen zur Mitarbeit eingeladen. Die ersten Entwürfe stießen auf positive Resonanz, so dass sich auch das spanische IN SST und das finnische FIOH an der Aktualisierung beteiligten.

## Erklärung aktualisiert und ergänzt

Die Position zu einigen Themen, die bereits in der ersten Erklärung enthalten waren, wurde an die Entwicklungen der letzten Jahre angepasst, so z.B. zur Produktnormung, zu normähnlichen Dokumenten und zur Normung im Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes.

Zur Produktnormung fordern die unterzeichnenden Institutionen, dass bei der Übernahme von internationalen ISO- und IEC-Normen als harmonisierte Normen das europäische Schutzniveau gewahrt wird. Das System der HAS-Consultants, die harmonisierte Nor-

men auf ihre Übereinstimmung mit den EU-Gesetzen überprüfen, wird grundsätzlich für gut befunden; die harmonisierten Normen müssten jedoch nach der Prüfung schneller im Amtsblatt der Europäischen Union gelistet werden.

Normähnliche Dokumente wie CWA, IWA und PAS sind nicht geeignet, um arbeitsschutzrelevante Inhalte zu regeln. Zur Unterscheidung von vollwertigen Normen sollten diese Formate außerdem klar gekennzeichnet werden. Für zeitkritische Projekte können Technical Specifications (TS) genutzt werden, für Projekte mit rein informativen Arbeitsschutzinhalten bieten sich Technical Reports (TR) an.

Die Gemeinsame Erklärung legt Wert auf die Unterscheidung der Rolle von Normen bei der Produktsicherheit auf der einen und im betrieblichen Arbeitsschutz auf der anderen Seite. Bezüglich des betrieblichen Arbeitsschutzes werden die Normungsorganisationen aufgefordert, neue Normungsprojekte vorab zu bewerten und Normen in diesem Bereich nur dann zu erarbeiten, wenn sie den Arbeitsschutz auch tatsächlich verbessern und nicht mit nationalen Vorschriften in Konflikt stehen.

## Neue Aspekte: Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Normungsstrategie

Einige Aspekte wurden ganz neu in die Erklärung aufgenommen. Eine

Folge der Digitalisierung im Normungswesen ist, dass inzwischen viele Sitzungen in virtueller Form abgehalten werden, was die Vorteile einer höheren Beteiligung und eines geringeren Reiseaufwands bringt. In der Erklärung wird angemerkt, dass der persönliche Kontakt in Normungsgremien nach wie vor wichtig für die Konsensbildung ist und deshalb auf Präsenzsitzungen nicht in Gänze verzichtet werden sollte.

Eine Herausforderung für den Arbeitsschutz stellt auch die Normung im Bereich der Künstlichen Intelligenz dar. Für die erfolgreiche Standardisierung von KI-Technologien ist es von entscheidender Bedeutung, wie Arbeitsschutzfragen in den Normen adressiert werden. Hier ist es wichtig, dass Arbeitsschutzfachleute stark in die Normungsprozesse eingebunden sind. Zudem müssen die KI-Normen mit den in der Produkt- und Arbeitssicherheit angewandten Methoden der Risikobewertung kompatibel sein.

Die politische Bedeutung der Normung wird durch Initiativen der EU-Kommission wie die 2022 veröffentlichte Normungsstrategie deutlich. Die Gemeinsame Erklärung hält fest, dass die Normungsarbeit weiterhin konsensbasiert bleiben und demokratischen Prinzipien folgen muss. Wichtig ist ebenso, dass alle am Arbeitsschutz interessierten Kreise ausreichend an den Normungsprozessen beteiligt werden.

Die Gemeinsame Erklärung wurde im Dezember 2023 veröffentlicht: [www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/de/EU/2023-Common-declaration-de.pdf](http://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/de/EU/2023-Common-declaration-de.pdf)

Freeric Meier  
meier@kan.de



# ANEC: Die europäische Stimme der Verbraucher in der Normung

ANEC ist eine der Anhang-III-Organisationen nach der Normungsverordnung, deren Beteiligung an der Normung die Europäische Kommission besonders fördert. Generaldirektor Stephen Russell spricht im Interview über Organisation und Arbeitsweise der Verbraucherschutzorganisation und über aktuelle Entwicklungen, die sie bewegen.



## Was ist die Aufgabe von ANEC und wie sind Sie organisiert?

ANEC<sup>1</sup> vertritt nationale Verbraucherorganisationen aus Ländern, die in CEN-CENELEC vertreten sind. Mitglieder sind nicht die Organisationen, sondern Personen, die von den jeweiligen nationalen Verbraucherorganisationen im Konsens ernannt werden. Als Mittler zwischen ANEC und der nationalen Verbraucherbewegung tragen sie maßgeblich zur strategischen Vision von ANEC bei, die sich daran orientiert, wo ein Normungsbedarf besteht, um den Verbraucherschutz zu stärken. Zudem sind unsere Mitglieder aufgerufen, gemeinsame ANEC-Positionen zu Normen und Gesetzesvorschlägen an nationale Normungsgremien, Behörden und EU-Parlamentsabgeordnete zu übermitteln. Diese Rückkopplung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden – schließlich ist das nationale Delegationsprinzip in der europäischen und internationalen Normung von entscheidender Bedeutung.

Für 2024 hat sich ANEC zum Ziel gesetzt, als Katalysator in bestimmten Ländern die Beziehung zwischen Verbraucherbewegung, Normungsgremien und Behörden zu stärken. Wenn die Verbraucher in der Normung nicht ausreichend Gehör finden, wirkt sich das sowohl wirtschaftlich als auch sozial negativ aus. Unmittelbar vor der Pandemie machten die Verbraucherausgaben 54 % des Bruttoinlandsprodukts der EU aus. Um die Nachfrage nach den Produkten und Dienstleistungen europäischer Unternehmen – einschließlich KMU – zu stärken, braucht es unserer Ansicht nach selbstbewusste und mündige Verbraucher und Normen, die allen gerecht werden. Leider liegt der Fokus nationaler staatlicher Stellen nach wie vor darauf, die Angebotsseite zu stärken, getreu dem alten Mantra „Normen von der Wirtschaft für die Wirtschaft“.

## Wie ist ANEC in den Normungsprozess eingebunden?

Fachlich werden die ANEC-Positionen zu Normentwürfen und anderen Normungsaspekten – etwa dem Normungsauftrag der Europäischen Kommission – von Arbeitsgruppen festgelegt, in denen Fachleute aus mehreren Mitgliedsländern zusammenarbeiten. Die ANEC-Mitglieder haben sieben Schwerpunktbereiche festgelegt, für die es jeweils eine eigene Arbeitsgruppe gibt: Barrierefreiheit, Kindersicherheit, Digitale Gesellschaft, Haushaltsgeräte, Dienstleistungen, Nachhaltigkeit sowie Verkehr und Mobilität. Von der Arbeitsgruppe bestimmte Fachleute übermitteln die Positionen direkt an CEN-CENELEC, ETSI und ISO/IEC (und im Falle von Automobilnormen an UNECE) sowie an die ANEC-Mitglieder mit der Bitte um Weiterverbreitung. So schaffen wir einen gewissen Ausgleich dafür, dass Verbraucherexpertise in den Arbeitsgruppen und Spiegelausschüssen der nationalen Normungsorganisationen in vielen Ländern nur sehr schwach – teils sogar überhaupt nicht – vertreten ist. Eine Ausnahme ist Deutschland, wo es mit dem DIN-Verbraucherrat eine spezielle Anlaufstelle gibt. Die schwache Vertretung war natürlich auch der Grund dafür, dass ANEC als Anhang-III-Organisation nach der Normungsverordnung (EU) 1025/2012 ausgewählt wurde.

## Welche Rolle spielt die Normung für den Verbraucherschutz?

Das Neue Konzept mit seinem Zusammenspiel von Regelsetzung und Normung hat nicht nur technische Handelshemmnisse für Unternehmen beseitigt, sondern auch den Schutz und das Wohlergehen von Millionen Verbrauchern verbessert. Zwar liegt es Unternehmen fern, ihre Kunden zu ignorieren, doch sie konzentrieren sich meist auf den Durchschnitts- oder Mainstream-Verbraucher, bei dem die Kosten am geringsten und die Gewinne am höchsten sind. Ohne ANEC würden insbesondere die Bedürfnisse besonders schutzbedürftiger Verbraucher (kleine Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung) oft übersehen. Einer unserer größten Erfolge war die Überarbeitung der ersten Generation der Normenreihe EN 60335-2 für Haushaltsgeräte, die wir initiiert und dann auch geleitet haben. Das betraf über hundert Normen für eine Vielzahl von Alltagsprodukten. Diese schlossen gefährdete Verbraucher von der Verwendung der Geräte aus, wenn sie nicht



Stephen Russell

beaufsichtigt wurden. Durch diese über 20-jährige Arbeit wurden Millionen von Produkten, die jedes Jahr verkauft werden, sicherer und zugänglicher für Verbraucher aller Altersgruppen und Fähigkeiten.

### Welche Bedeutung hat das hochrangige Forum für europäische Normung für Sie?

Die Einrichtung des Forums kam zur rechten Zeit. Der Neue Rechtsrahmen, der Nachfolger des Neuen Konzepts, wird aktuell auf Themen ausgedehnt, die weit entfernt sind von den ursprünglichen Bereichen, auf denen der Binnenmarkt basiert. Die Normung, wie wir sie heute kennen, begann 1901 mit der Normung von Schrauben und

Muttern. Nun soll sie auch die Verordnung über künstliche Intelligenz<sup>2</sup> und gesetzliche Aspekte, die die Grundrechte des Menschen betreffen, konkretisieren. Aber kann ein Verfahren, das klassischerweise technische Experten zusammenbringt, bei dem Entscheidungen im Konsens getroffen werden und bei dem die Beteiligung so oft unausgewogen ist, geeignet sein, um Grundrechte des Menschen zu behandeln?

Dank des Forums können wir mit unseren Kollegen von BEUC – der größten europäischen Verbraucherorganisation – eine Arbeitsgruppe leiten, die sich mit diesen Fragen befasst und in der Tat die Frage stellen, ob die Normung Grenzen haben sollte. In Deutschland schließt die DIN 820-1 zu den Grundsätzen der Normung mehrere Bereiche explizit aus, darunter weltanschauliche Fragen und Themen, die in den Zuständigkeitsbereich der Sozialpartner fallen. Vielleicht sollte auch die europäische und internationale Normung in ähnlicher Weise eingeschränkt werden.

### Wie stehen Sie zur Überarbeitung der EU-Normungsverordnung?

Wie viele andere interessierte Kreise sind wir der Meinung, dass es keine vollständige Überarbeitung, sondern eher eine gezielte Änderung braucht.<sup>3</sup> Der Rechtsrahmen sollte die Grenzen der Normung festlegen. Gleichzeitig sollte die Kommission befugt sein, je nach Einzelfall zu entscheiden, ob CEN-CENELEC die Erarbeitung einer harmonisierten Norm – die vom Europäischen Gerichtshof immerhin als Teil des Rechts betrachtet wird – der ISO/IEC-Ebene anbieten kann. Die internationale Ebene unterscheidet sich sehr von der europäischen, nicht zuletzt was die Einstellung einiger Länder zur Ethik und die Beteiligungsmöglichkeiten am Normungsprozess betrifft.

Zudem halten wir selbst bei einer letztlich nur begrenzten Ausweitung des Neuen Rechtsrahmens das aktuelle System der HAS-Consultants nicht mehr für ausreichend. Es sollte durch einen „Normenkontrollrat“ ersetzt werden, der nicht nur aus technischen Experten besteht, sondern weitere relevante Fachrichtungen mit einbezieht.

<sup>1</sup> [www.anec.eu](http://www.anec.eu)

<sup>2</sup> Studie von ANEC und BEUC zur Rolle der Normung zur Unterstützung der digitalen Politik der EU (7/2023): [www.anec.eu/images/Publications/other-publications/2023/ANEC-DIGITAL-2023-G-138.pdf](http://www.anec.eu/images/Publications/other-publications/2023/ANEC-DIGITAL-2023-G-138.pdf)

<sup>3</sup> ANEC wird diese Aspekte in einem Positionspapier zur Überarbeitung der Normungsverordnung weiter erörtern, das in den kommenden Wochen gemeinsam mit BEUC veröffentlicht wird.

## Konsultation zur Überarbeitung der EU-Normungsverordnung

Am 1. September 2023 hat die Europäische Kommission den ersten Teil der Konsultation für die Überarbeitung der Normungsverordnung (EU) Nr. 1025/2012 veröffentlicht. Wie in der EU-Normungsstrategie aus 2022 angekündigt, soll die Verordnung neu bewertet und daraufhin überprüft werden, ob sie mehr als zehn Jahre nach Beginn ihrer Anwendung noch zweckmäßig ist und mit den Entwicklungen in der technischen Normung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene weiterhin Schritt hält. Die Normungsverordnung legt das Verfahren für das Zusammenwirken der EU-Institutionen, der Mitgliedstaaten und der europäischen Normungsorganisationen bei der Ausarbeitung harmonisierter Normen in der EU fest.

In mehreren Schritten werden nun die breite Öffentlichkeit und einschlägige Interessensvertreter zu Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und EU-Mehrwert der Verordnung befragt. Die Kommission plant derzeit, das gesamte Verfahren bis zum dritten Quartal 2024 abzuschließen. Ein konkreter Gesetzesvorschlag könnte dann im vierten Quartal 2024 veröffentlicht werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13446-Europaische-Normung-Bewertung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13446-Europaische-Normung-Bewertung_de)

## 8. EUROSHNET-Konferenz 2024 in Krakau

Am 13. und 14. Juni 2024 veranstaltet das Arbeitsschutznetzwerk EUROSHNET in Krakau (Polen) die 8. Europäische Konferenz zu Normung, Prüfung und Zertifizierung im Arbeitsschutz.

Die europäische Politik und Gesetzgebung entwickelt sich ständig weiter – nicht zuletzt als Reaktion auf globale Entwicklungen. Fachleute aus Arbeitsschutz, Normung und Regelsetzung werden beleuchten, welche Auswirkungen neue politische und regulatorische Handlungsfelder der EU wie der EU Green Deal, die Kreislaufwirtschaft, die KI-Verordnung, die Cyber-Resilience-Verordnung und die Maschinenverordnung auf den Arbeitsschutz haben. Vernetzen Sie sich und diskutieren Sie bei der Konferenz mit anderen Fachleuten, wie die Normung auf diese grundlegenden Veränderungen und Herausforderungen reagieren sollte und ob neue Prüf- und Zertifizierungsinstrumente notwendig sind.

Nähere Informationen: [www.euroshnet.eu/conference-2024](http://www.euroshnet.eu/conference-2024)

## Neue Leitung der Europavertretung der KAN in Brüssel

Ronja Heydecke hat zum 15. August 2023 die Leitung der Europavertretung der KAN in Brüssel übernommen. Nach einem Bachelorstudium der Europäischen Rechtslinguistik und einem anschließenden rechtswissenschaftlichen Studi-

um war die Diplom-Juristin rund zwei Jahre im EU-Verbindungsbüro der Bundessteuerberaterkammer in Brüssel tätig und vertrat dort die Interessen der deutschen Steuerberaterinnen und Steuerberater auf EU-Ebene.

Die Europavertretung ist ein zentrales Instrument der KAN. Sie agiert auf Brüsseler Ebene im Zusammenwirken mit unterschiedlichen Interessensgruppen als gebündelte Stimme des deutschen Arbeitsschutzes im Bereich der Normung. Ihre Aufgabe ist es, sowohl normungspolitische europäische Entwicklungen als auch EU-Gesetzgebung mit Arbeitsschutz- und Normungsbezug aktiv zu begleiten.

## Neuer Direktor bei der EU-OSHA

Die europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) hat eine neue Führung: Der bisherige Interims-Exekutivdirektor William Cockburn Salazar wurde am 2. Oktober 2023 durch Beschluss des Verwaltungsrates zum neuen Direktor ernannt. Er tritt die Nachfolge von Dr. Christa Sedlatschek an, die von 2011 bis 2021 die Geschicke der Agentur lenkte.

William Cockburn Salazar arbeitet seit 1998 bei der EU-OSHA und ist seit 2012 für das Referat Prävention und Forschung zuständig, das die Inhalte zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz entwickelt. Seit September 2021 hatte er die Funktion des Interims-Exekutivdirektors inne.

Die EU-OSHA ist in der Europäischen Union für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit zuständig. Ihre Arbeit trägt u.a. zum strategischen Rahmen der Europäischen Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit bei und unterstützt einschlägige Strategien und Programme der EU.

Weitere Informationen zu den Aufgaben und der Struktur der EU-OSHA: <https://osha.europa.eu/de/about-eu-osha>

## Publikationen

### Understanding ICT Standardization

ETSI, die europäische Normungsorganisation für den Bereich Telekommunikation, beschreibt in einem umfangreichen Lehrbuch die Rolle von Normen, den Ablauf der Normerarbeitung, die Normungslandschaft in Europa, strategische Aspekte der Normung und vieles mehr. Das Buch soll Lehrende und Studierende verschiedener Fachrichtungen für die Bedeutung der Normung sensibilisieren. Am Ende eines jeden Kapitels stehen eine Zusammenfassung, Quizfragen, ein Glossar und weiterführende Links. Ergänzend zum Buch stehen auf der ETSI-Website Vorlesungsfolien zum Download zur Verfügung.

[www.etsi.org/education/teaching-material](http://www.etsi.org/education/teaching-material)

# Content



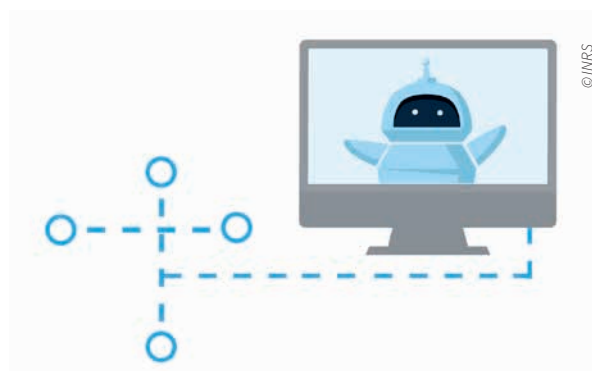
©BLG/UVB

## Lead topic

- 17 The new EU Product Safety Regulation
- 19 Fall-protection barriers on railway wagons for car transport

## Themes

- 21 Three questions for: Dr Michael Stephan, responsible for DIN's Standardization Division
- 22 Use of artificial intelligence to improve workplace safety: INRS research study
- 23 Occupational safety and health institutes in several countries adopt position on standardization
- 24 ANEC: The collective voice of European consumers in standardization



©INRS



©OceanProd - stock.adobe.com

## 26 In brief

- Consultation on revision of the EU Standardisation Regulation
- Eighth EUROSHNET Conference in 2024 in Kraków
- New Head of KAN's European Representation in Brussels
- Change of leadership at EU-OSHA
- Publications

## 40 Events

### Stay up to date:



[www.kan.de](http://www.kan.de)



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



[KAN\\_Arbeitsschutz\\_Normung](https://www.instagram.com/KAN_Arbeitsschutz_Normung)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



**Benjamin Pfalz**  
Chairman of KAN  
German Metalworkers' Trade Union  
(IG Metall)

## Product safety: new arrangements have an impact upon occupational safety and health

The debates surrounding repeal of the EU Product Safety Directive by the Product Safety Regulation did not attract the same prominence as those concerning the EU Machinery Regulation. However, the Product Safety Regulation clarifies a number of important aspects, for example with regard to substantial modifications of a product. Further amendments provide greater legal certainty, strengthen consumer rights and take account of safety risks associated with new technologies. In addition, the obligation to carry out and document a safety assessment now explicitly extends to all consumer products. Overall, the obligations of economic operators will increase. The new Product Safety Regulation will replace the existing Directive as of 13 December 2024, and will apply directly.

Although the Regulation is aimed at consumer products, occupational safety and health also benefits in cases where safe products are used as work equipment and the requirements set out in the Regulation are appropriately supported in standards. It is clear that as is to be expected within the New Legal Framework, standardization plays an essential role. This is also evident from the fact that a product is to be considered safe when it complies with harmonized standards or national legal requirements, provided these do not conflict with European law.

The major involvement of occupational safety and health experts in standards development to date must continue in the future in order for a high level of protection to be assured. KAN supports the process as a platform and a strategic partner, especially under the new framework conditions of the Regulation. «



# The new EU Product Safety Regulation

As of 13 December 2024, the Product Safety Regulation (EU) 2023/988 of 10 May 2023 will replace the existing Product Safety Directive 2001/95/EC. As a regulation, it applies directly in all Member States without having to be transposed into national law.

The Product Safety Regulation<sup>1</sup> is based on the New Legislative Framework<sup>2</sup>, which harmonizes market surveillance, accreditation, conformity assessment and CE marking for products. The enacting terms, which include procedures and catalogues of obligations, have grown significantly. The core of European product safety law nevertheless remains unchanged.

## Scope of application, definitions and general safety requirement

Although Article 2 of the Product Safety Regulation appears at first glance to suggest otherwise, the Regulation's scope is no different from that of the Directive. Its declared aim is to guarantee a high level of consumer protection and to implement the border-free Single Market. Definitions of terms such as risk, importer and fulfilment service provider, which have long been established in European product law, have now been included for the first time, however. Definitions of various standardization terms such as European standard and European standardisation organisation have also been included. They make reference to the definitions of the European Standardisation Regulation and thus ensure clarity for application of the regulation. All economic operators are now explicitly obliged to place or make available on the market only products that are safe. This was not previously the case. As before, a product is any item intended for consumers, or likely to be used by them under reasonably foreseeable conditions.

## Product safety assessment

The safety assessment procedure has not changed significantly. However, the new Articles 6 to 8 of the Product Safety Regulation govern this procedure in much greater detail. The presumption of conformity in Article 7 (1) is decisive in the first instance. This states that a product is presumed safe if it conforms to the relevant European standards the references of which have been published in the Official Journal, or in the absence of such standards, to national statutory requirements, provided that these are in compliance with EU law. For the purposes of harmonization, the European Commission is empowered to determine, by means of implementing acts, what specific safety requirements are to be governed by European standards.

In addition, Article 6 lists numerous aspects to be included in the assessment procedure. Cybersecurity features of a product that are necessary to protect it against external influences are significant, for example. To these are added evolving, learning and predictive functions of the product, i.e. artificial intelligence. Finally, should the presumption of conformity not apply, provision remains for secondary codes to be taken into account in accordance with Article 8.



### Obligations of economic operators

It is evident from the length of Chapter III of the Product Safety Regulation that the European legislator was keen to produce a conclusive regulation. As before, the obligations under product safety legislation are linked to the economic operator's relationship to the product. As a result, the obligations are addressed in the first instance to the **manufacturer** of a product. However, a manufacturer is also deemed to be any party selling a product under its own name or trademark. The new Regulation sets out in legislation for the first time that any party substantially modifying a product is also deemed to be a manufacturer; in addition, "substantial modification" is now defined.

The status of the **authorised representative**, which is familiar from the Market Surveillance Regulation, is now also regulated; however, the authorised representative's role is modified by the addition of obligations such as review of the technical documentation. Manufacturers must notify the competent authorities of any accidents caused by one of their products. Importers and distributors must report such information to the manufacturer.

All economic operators must put internal processes in place to ensure that their obligations are met (Article 14). For certain products and product categories, the Commission may set up a traceability system for the collection and storage of data "enabling the identification of the product, its components or of the economic operators involved in its supply chain". Although these internal conformity assessment obligations already existed, they were not placed as strongly in the focus of market surveillance, and reinforce the impression that the European legislator is increasingly focusing on systems and not solely on the legal compliance of products.

### Distance sales, online marketplaces

Any party distributing a product by distance sales must provide contact details of the manufacturer or party responsible for the product, a picture of it and all necessary warning and safety information. The new obligations for providers of online marketplaces under Article 22 of the Product Safety Regulation are governed in detail in 12 paragraphs. They include, for example, the designation of **points of contact** for market surveillance authorities and consumers, arrangements concerning notifying orders, product safety recalls and obligations to cooperate.

### Market surveillance

Market surveillance is based on Regulation (EU) 2019/1020, parts of which are declared applicable. Member States continue to report unsafe products through the Safety Gate rapid alert system (formerly RAPEX). The Safety Business Gateway is also being set up, which is intended to facilitate communication between economic operators and online marketplace providers on the one hand and market surveillance authorities and consumers on the other.

### Concluding remarks

Cooperation among market surveillance authorities in Europe and between them and the Commission is to be stepped up. A consumer safety network is to be set up for communication and coordination with the authorities. Coordinated measures are also planned for checks of specific products or product categories. Where risks to the safety and health of consumers emanate from a product, the Commission may also take measures in the form of implementing acts, including prohibitions on placing on the market. It may do so on its own initiative or in response to an initiative by a Member State.

*Philipp Reusch*

*Lawyer; partner and founder  
of reuschlaw*

*p.reusch@reuschlaw.de*

<sup>1</sup> <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2023/988/oj>

<sup>2</sup> Comprising: Regulation (EC) No. 765/2008, Decision No. 768/2008 and Regulation (EU) 2019/1020

# Fall-protection barriers on railway wagons for car transport

Open double-decker car transporters have been used for many years to transport passenger cars by rail. During loading and unloading operations, workers must perform activities on the upper deck of these railway wagons. However, the barriers on these decks are substantially less than one metre in height. The recently published Fachbereich AKTUELL FBVL-011 aims to minimize the risks to workers and support affected companies in taking effective safety measures to prevent falls from a height.

Workers are at risk of falling when loading and unloading open car transporters, for example when walking adjacent to passenger cars or attaching/removing load securing equipment. Risks arise owing to the upper deck being at a height of approximately 2.6 metres above the top of the rails, and the horizontal ropes attached to the sides of the wagons being only 0.6 metres above the deck floor on which the workers walk.

The reason for this low height is the requirement for the German railway building and operation regulations (EBO) governing shunting and train movements to be observed. In the past, higher barriers have been rejected owing to the risk of incorrect use, potentially leading in turn to incalculable risks to rail operations during movement of the wagons (for example if the barriers are not lowered prior to travel). In addition, the legal requirements concerning railway operations must be observed. These often do not permit the use of fixed equipment with barriers to prevent falling, owing to the clearance between adjacent tracks being inadequate.

In the past, organizational and personal safety measures have been defined to reduce the risk of workers falling to a minimum. These measures include the assignment of suitable personnel who have received specific instruction, or the wearing of slip-resistant footwear.

## Review following amendments to the statutory requirements

Loading and unloading tasks on open car transporters continue to be carried out in accordance with the provisions described above, at least in some cases.

Surveys reveal that passenger cars manufactured in Europe and loaded on these wagons have increased in width and length by an average of ten and 20 centimetres respectively over the last 20 years. The dimensions of the car transporters, however, have remained unchanged. As a result, the available space and gaps for workers on the car transporters have decreased, further increasing the workers' risk of falling.



Car transporter during loading and unloading, with barrier raised

*Gerhard Heres  
(graduate engineer)  
UVB (German Social Accident  
Insurance Institution of the  
Federal Government and for the  
railway services)  
Unit Prevention – Railways  
Member of the DGUV Railways  
(railbound transport systems)  
Subcommittee  
gerhard.heres@uv-bund-bahn.de*

Legally speaking, railway wagons constitute work equipment. Car transporters thus also fall within the scope of the German Ordinance on industrial safety and health (BetrSichV). The TRBS 2121 Technical Rules for industrial safety and health governing risks to employees presented by falls from a height (general requirements) specify how hazards are to be assessed, and how measures to prevent falls from a height are to be taken. This means that the freight handling enterprise concerned is required to set out suitable safety measures to prevent falls from a height for the activities performed during the handling of passenger cars. However, occupational safety and health measures are hampered by the fact that a number of different companies are involved, directly and indirectly, in transport of the cars. These include the manufacturers of the rolling stock, track system operators, rail transport companies, the companies dispatching the road vehicles, and the terminal operators and their subcontractors carrying out the freight handling work.

#### **Suitable solutions: an overview**

Owing to the high cost and practical obstacles of putting suitable fall-protection equipment such as scaffolding in place, priority should be given to the use of safe work equipment, i.e. car transporters with sufficiently high barriers to safeguard against falling.

A number of manufacturers now offer car transporters with swing railings. These have a height of at least 1.00 metre in the upright position, and significantly increase the protection for workers. Such barriers constitute the state of the art, thereby also satisfying the requirements of the German Ordinance on Industrial Safety and Health (BetrSichV) with regard to the risk of falling.

In conjunction with the labour inspectorate of the state of Bremen, the German Federal Railway Authority (EBA) and KAN, the Railways (railbound transport systems) Subcommittee of the German Social Accident Insurance (DGUV) is working on drawing attention to the risk of falling during tasks on open car transporters and reducing the risks to employees as swiftly as possible. For this reason, the subcommittee has drawn up an FB AKTUELL document, which was published by the DGUV's Transport and Landscape Expert committee (FB VL) in March 2023<sup>1</sup>. The FB AKTUELL describes the issues and outlines suitable solutions.

In this context, it should be noted that manufacturers of work equipment – including rolling stock – are required to assess the safety risks associated with their use, lay down appropriate safety measures and take these risks and measures into account during manufacturing. Other stakeholders must be involved and their obligations to ensure worker safety and health observed. This aspect must be taken into account in the procurement of car transporters.

<sup>1</sup> <https://publikationen.dguv.de>, Search: FBVL-011

**Fachbereich AKTUELL FBVL-011** has the purpose of supporting the companies involved in the transport of passenger cars on car transporters in taking effective safety measures to prevent falls and thus enabling workers performing tasks on the decks of car transporters to do so safely and without accidents.



For more information on the complex interaction of railway legislation and occupational safety and health, see: [www.kan.de/en/what-we-do/transport-and-traffic/railways/rail-transport](http://www.kan.de/en/what-we-do/transport-and-traffic/railways/rail-transport)

## Three questions for: Dr Michael Stephan, responsible for DIN's Standardization Division

Dr Michael Stephan has been a member of the DIN management board since 2016, after holding various positions in industry. He has been responsible for the Standardization Division since 2018.

**Several new items of EU legislation grant the European Commission the power to define requirements for products in Common Specifications. What does this mean for standardization?**

In all likelihood, it will increase the effort entailed by orientation and compliance. It could also result in competing technical requirements emerging. A clear framework exists for the development of harmonized European standards. The EU Standardisation Regulation is among the instruments defining this framework. It assigns both rights and obligations to the European standards organizations. For example, they must put transparent procedures in place, and ensure the broadest possible participation by stakeholders, particularly small and medium-sized enterprises, consumers and environmental protection organizations. Common Specifications are not subject to specific requirements concerning the development process or transparency and broad stakeholder participation, nor need their content necessarily be consistent with the existing body of European standards. My view is therefore that Common Specifications can only ever constitute a stopgap measure, and that priority should always be given to developing harmonized European standards.

**An EU Advocate-General recently called for harmonized standards to be made available free of charge. What is DIN's position on this?**

The call was made during legal proceedings currently in progress before the European Court of Justice (ECJ). It remains to be seen whether, and if so to what extent, the ECJ will follow the Advocate-General's call in its judgement. This step could have a considerable negative impact on the European economy and the European standardization system.

The issue would not merely be whether, and if so how, harmonized European standards developed within this system would have to be published free of charge in future; most significantly, the ruling could lead to European standardization being decoupled from that at international level, since if the content of standards were no longer protected by copyright, it is likely that ISO and IEC would no longer make the content of their international standards available to European standardization activity as they have done to date. Such a decoupling would render our current well-functioning standardization system inoperative, potentially leading to the creation of trade barriers.

In my view, the synergy between EU legislation and standardization guarantees that technical details are regulated in a way that adapts them practically and continuously to the state of the art. For over 30 years, this task has taken the form of standardization activity organized by the private sector, which has facilitated access by companies to the Single Market. Conversely, legislation is limited to regulating the essential requirements. The call by the Advocate-General could therefore ultimately also be regarded as termination of this successful partnership between the public and private sectors.

**The baby boomer generation will soon be retiring. Is standardization work facing enormous problems as a result, like other sectors?**

This challenge is as great for us as it is for society and the economy as a whole. We're already noticing it, both during our efforts to recruit employees ourselves for DIN, and with regard to the experts who ultimately develop the content of the standards. We're responding to this challenge on four levels:



Dr Michael Stephan

1. We're stepping up our scheme for universities, in which trainees and students learn more about standardization at an early stage, because we'll need them on the standards committees later on in their working lives.
2. The DIN Young Professionals network makes it easier for new skilled professionals to take their first steps in standardization, and offers them a platform for dialogue.
3. Further digitalization of the sphere, up to and including the creation of smart standards, is to make the use of standards efficient. With these measures, we're creating opportunities for standards to be applied automatically and for AI to be used to simplify access to them.
4. It goes without saying that as an employer, we aim to appeal to new employees by offering attractive working conditions and topical subjects. Standardization continues to be extremely important for the economy and society as a means of describing a state of the art that is safe and engenders confidence.

# Use of artificial intelligence to improve workplace safety: INRS research study

Investment in AI technologies has increased significantly in recent years. Scientific publications<sup>1</sup> show the field of occupational safety and health to be among the potential growth markets for AI. In 2022, the French OSH institute INRS launched a prospective study<sup>2</sup> that examined possible areas of application for AI in occupational safety and health for the period up until 2035.

The purpose of the study was to explore the potential of new AI technologies for the prevention of work-related hazards. It addressed both the benefits of this development, and aspects that must be monitored with particular vigilance. Ultimately, the study was to formulate strategies for action in the field by which the opportunities offered by artificial intelligence for all parties to preventive activity can be exploited to the full.

Three areas of application have been selected as foci of the study:

- Analysis by AI systems of very large volumes of data that can be used for epidemiological studies or accident research
- Improvements to the safety of the working environment by means of sensors and systems controlled by AI
- Advanced robotics enabling human beings and robots to work side by side, or machines to replace human beings for physically demanding or dangerous tasks

Technologies that may well contribute indirectly to improving working conditions but primarily serve economic interests have been excluded from the study. This was a recommendation made by a working group of AI experts, company representatives and OSH experts convened specifically for the purpose of the study.

## Results of the study

The most important findings of the study have been defined in the form of core messages that are intended to assist OSH experts in gaining a better understanding of the topic and to provide them with tools with which to address future developments.

The key message is that these technologies are of great importance for preventive activity: technologies for recognition based on the analysis of

field data have made spectacular progress. This appears to offer considerable potential for the development of systems for safeguarding the working environment. In addition, the automation of certain tasks that is made possible by these technologies may make it unnecessary for employees to perform hazardous tasks in the future.

However, the strategy pursued by developers and distributors of AI systems may deviate considerably from the fundamental values of occupational safety and health acknowledged in France and the rest of Europe. It is important to ensure that during further development of the systems, they are consistent with these values. Since these technologies have yet to prove themselves fully in the field, the OSH community must not rely on them exclusively. Despite all the benefits, a considerable risk also exists of these technologies becoming the focus of work organization for reasons of economic expediency, and of the importance of humane work consequently being sidelined. It should also be borne in mind that occupational accidents often occur in atypical situations, such as during exceptional working conditions, technical malfunctions or maintenance work. AI systems cannot always predict these exceptional circumstances, which limits the scope for their application.

## Recommendations for action

One result of the study is a series of recommendations for action formulated by the working group.

In view of the technical complexity and opacity of AI systems, efforts should be directed first and foremost towards initial and ongoing training of the various parties involved, in order to equip them with comprehensive knowledge of how the systems work, the associated ethical

challenges, the legal framework and the possible risks. This initiative should begin at an early stage in the process and should include the parties developing and designing the systems concerned. Training is needed to make these parties aware of the risks associated with the technologies and to urge them to ensure that their algorithms comply with the principles of prevention.

Besides the training measures, particular attention should be paid to the creation of standards and regulations addressing AI technologies. The new arrangements must systematically take into account the principles of occupational safety and health, thereby contributing to the development of safe work equipment.

Finally, particular vigilance is required with regard to the use made of the data that are gathered to enable AI systems to function. The protection of workers' personal data must be ensured at all times. In addition, the data must be selected and processed in a way that prevents distortions from occurring during the systems' learning phase.

In summary, it can be said that the advances in AI also open up new perspectives for occupational safety and health, but that at the same time, like any change, they entail risks. Occupational safety and health bodies must therefore not delay in developing and disseminating methodological tools that provide guidance for all parties involved in these innovations.

*Jennifer Clerté*

INRS

*jennifer.clerte@inrs.fr*

<sup>1</sup> [www.mdpi.com/1660-4601/18/13/6705](http://www.mdpi.com/1660-4601/18/13/6705)

<sup>2</sup> Summary of the study: <https://en.inrs.fr/inrs/strategic-plan/foresight-exercise.html>

# Occupational safety and health institutes in several countries adopt position on standardization

In 2014, KAN joined the French OSH institutes EUROGIP and INRS in signing a joint declaration on standardization policy in the field of occupational safety and health. The declaration dealt with issues that were emerging at that time, such as the role of new forms of standardization document, standardization in the area of services and the standardization of management systems. The declaration has now been updated.

The position paper, jointly adopted in 2014 as the “Bonn Declaration”, addresses topical occupational safety and health issues in European standardization. CIOP-PIB, the Polish OSH institute, also signed the declaration in 2016. In the years since its adoption, many new topics have arisen in standardization. For this reason, the signatory institutions have launched a revision process to bring the document up to date and add further aspects that will have a significant impact on current and future standardization work.

An additional objective was to garner the support of further European OSH institutes for the declaration. An invitation to participate was extended to other institutes through the EUROSHP-NET network. The first drafts met with a positive response, leading to INSST in Spain and FIOH in Finland also participating in the update.

## Declaration updated and extended

The positions on some issues that were already present in the first declaration have been adapted to the developments over recent years. These include positions on product standardization, standardization documents and standardization concerning the safety and health of workers at work.

With regard to product standardization, the signatory institutions call for safety levels in Europe to be upheld when international ISO and IEC standards are adopted as European harmonized standards. The system by which HAS Consultants review harmonized standards for their compliance with EU legislation is generally regarded favourably; however, the harmonized standards should be listed in the Official Journal of the European Union more swiftly following review.

Standardization documents such as CWAs, IWAs and PASs are not suitable for addressing matters of occupational safety and health. These document formats should also be clearly indicated as such to distinguish them from standards in the strict sense. Technical Specifications (TSs) can be used for time-critical projects, whereas Technical Reports (TRs) are suitable for projects with purely informative occupational safety and health content.

The joint declaration emphasizes the distinction between the role of standards in product safety on the one hand and in the safety and health of workers at work on the other. With regard to the latter, the declaration calls on the standards bodies to evaluate new standardization projects in advance and to develop standards in this area only if they actually improve occupational safety and health and do not conflict with national regulations.

## New aspects: digitalization, artificial intelligence, standardization strategy

Certain completely new aspects have been included in the declaration. One consequence of digitalization for standardization is that many meetings are now held in virtual form. This has the advantage of increasing participation and reducing the travel overhead. The declaration notes that personal contact on standards committees is still important for consensus-building, and that face-to-face meetings should therefore not be discontinued altogether.

Standardization in the field of artificial intelligence also poses a challenge for occupational safety and health. How occupational safety and health issues are addressed in the standards is crucial to the successful standardization of AI technologies. This requires OSH



experts to be involved closely in the standardization processes. The AI standards must also be compatible with the risk assessment methods used in product and occupational safety.

The political significance of standardization is demonstrated by EU Commission initiatives, such as the standardization strategy published in 2022. The joint declaration states that standardization work must continue to be based on consensus and follow democratic principles. It is also important that all stakeholders in occupational safety and health are sufficiently involved in the standardization processes.

The joint declaration was published in December 2023:

[www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/EU/2023-Common-declaration-en.pdf](http://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/EU/2023-Common-declaration-en.pdf)

*Freeric Meier  
meier@kan.de*

# ANEC: The collective voice of European consumers in standardization

ANEC is one of the Annex III organizations under the Standardisation Regulation whose involvement in standardization is particularly supported by the European Commission. In this interview, Director General Stephen Russell talks about the organization, its working methods, and current developments affecting it.



## What is ANEC's mission and how is it organized?

ANEC<sup>1</sup> represents national consumer organizations in countries that are members of CEN-CENELEC. Our members are not organizations, but individuals appointed with the support of a consensus among the national consumer organizations. Liaising between ANEC and the grass-roots consumer movement at national level, they play a key role in setting ANEC's strategic vision, one that responds to future needs for standardization in order to raise consumer protection and welfare. Similarly, our members are asked to present collective ANEC positions on standards and legislative proposals to national standards bodies, national public authorities and local MEPs as needed. This relationship is of great value, considering the significance of the national delegation principle in shaping European and international standardization.

An objective for 2024 is for ANEC to be a catalyst in strengthening the relationship between the consumer movement, standardization bodies and public authorities in specific countries. It is to the detriment of both economic and social interests if the consumers' voice is not properly heard in standardization. Just before the pandemic, consumer spending accounted for 54% of EU Gross Domestic Product. We believe that the demand for products and services of European businesses, including SMEs, will not be optimised without consumers who are confident and empowered, aided by inclusive standards. Unfortunately, the focus of the national authorities invariably tends to be on strengthening the supply side, in line with the old mantra "standards for industry, by industry".

## How is ANEC involved in the standardization process?

At the technical level, ANEC's positions on draft standards and elements of the standardization process – such as the Standardization Request at European level – are set out by ANEC Working Groups, which comprise experts drawn from across the member countries. The ANEC Working Groups number seven in total, each reflecting an area of priority for ANEC as determined by the members: Accessibility, Child Safety, Digital Society, Domestic Appliances, Services, Sustainability, and Traffic & Mobility. The Working Groups' positions are conveyed directly to CEN-CENELEC, ETSI and ISO/IEC (and UNECE in the case of automotive standards) by experts chosen by the Working Group, and to the ANEC members for dissemination as appropriate. In this way, we can mitigate the weakness – or even complete absence – of consumer expertise in the technical bodies and mirror committees of the national standardization bodies in many countries. Germany is the most notable exception, where the DIN Consumer Council is a dedicated resource. Of course, this long-term under-representation of the consumer voice elsewhere is the reason for ANEC being chosen as an Annex III organisation in the framework of Regulation (EU) 1025/2012, the Standardisation Regulation.

## What role does standardization play for consumer protection?

With its combination of regulation and standardization, the New Approach has not only removed technical barriers for business, but also unquestionably improved the protection and welfare of many millions of consumers. Although it is not in the interests of consumer-facing businesses to ignore their customers, their focus tends to be on the average or mainstream consumer, where costs are lowest and profits highest. Without ANEC, the needs of vulnerable consumers (young children, older people and persons with disabilities) in particular would often be overlooked. One of our greatest successes was advocating – and then leading – revision of the first generation of the EN 60335-2 series of standards for domestic appliances: over one hundred standards dealing with a host of everyday products. These excluded use of the appliances by vulnerable consumers except under supervision. Our work here over 20 years has made literally millions of products sold each year safer and more accessible to consumers of all ages and abilities.





Stephen Russell

### What are your views on the High-Level Forum on European Standardization?

The creation of the Forum has been timely. The New Legislative Framework, the successor to the New Approach, is now being extended to fields far removed from those that were the building blocks of the Single Market. Standardization as we know it today started with the standardization of nuts and bolts in 1901. Now it has also been identified as necessary to support legislation such as the AI Act<sup>2</sup>, and elements of legislation concerning fundamental human rights. But can a process that historically brings together technical experts, where decisions are taken by consensus and participation is so often unbalanced, be the right process to address fundamental human rights?

Thanks to the creation of the Forum, we and our colleagues in BEUC – the mainstream European consumer organisation – are able to lead a workstream to consider these questions and indeed ask whether there should be a limit to what is standardizable. We see that DIN 820-1, addressing the principles of standardization, excludes several fields from standardization in Germany, including ideological matters and topics that fall within the scope of a social partner. Perhaps the scope of European and international standardization should be limited similarly.

### What are your thoughts on the review of the EU Standardization Regulation?

In common with many stakeholders, we do not believe that a full revision is needed, but a “targeted amendment”<sup>3</sup>. Apart from setting limits to what is standardizable, we believe that the regulatory framework should leave it to the Commission to decide on a case-by-case basis whether development of a harmonized standard – considered after all a part of law by the European Court of Justice – can be offered by CEN-CENELEC to ISO/IEC. The environment at international level is very different from that in Europe, not least the approach of some countries to ethics, and the inclusiveness of the standardization process.

We also believe the extension of the New Legislative Framework, even if ultimately limited, is such that the system of HAS consultants is no longer enough. It should be replaced by a “Standardization Scrutiny Board” comprising not only technical experts but experts in a far wider range of relevant disciplines.

<sup>1</sup> [www.anec.eu](http://www.anec.eu)

<sup>2</sup> Study commissioned by ANEC and BEUC on “The Role of Standards in Future EU Digital Policy Legislation” (7/2023), [www.anec.eu/images/Publications/other-publications/2023/ANEC-DIGITAL-2023-G-138.pdf](http://www.anec.eu/images/Publications/other-publications/2023/ANEC-DIGITAL-2023-G-138.pdf)

<sup>3</sup> We shall discuss these thoughts further in a position paper on the revision of the Standardisation Regulation that we will publish jointly with BEUC in the coming weeks.

## Consultation on revision of the EU Standardisation Regulation

On 1 September 2023, the European Commission published the first part of its consultation on revision of Standardisation Regulation (EU) No. 1025/2012. As announced in the EU Standardization Strategy 2022, the Regulation is to be reassessed and reviewed to determine whether it is still fit for purpose after over ten years in application, and whether it is still keeping pace with developments in technical standardization at national, European and global level. The Standardisation Regulation sets out the procedure for cooperation between the EU institutions, the Member States and the European standards organizations in the development of harmonized standards in the EU.

The general public and relevant stakeholders will now be consulted in several stages regarding the efficacy, efficiency, coherence and relevance of the Regulation, and its added value for the EU. The Commission is currently planning to complete the entire process by the third quarter of 2024. A concrete legislative proposal could then be published in the fourth quarter of 2024.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13446-European-standardisation-evaluation\\_en](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13446-European-standardisation-evaluation_en)

## Eighth EUROSNET Conference in 2024 in Kraków

The EUROSNET occupational safety and health network is to hold the eighth European conference on standardization, testing and certification in the field of occupational safety and health on 13 and 14 June 2024 in Kraków (Poland).

European policy and legislation are constantly evolving, not least in response to global developments. Experts from the fields of occupational safety and health, standardization and regulatory activity will consider the impact upon occupational safety and health of new political and regulatory spheres of activity in the EU, such as the EU Green Deal, the circular economy, the AI Act, the Cyber Resilience Act and the Machinery Regulation. Enhance your network and discuss with other experts at the conference how standardization should respond to these far-reaching changes and challenges and whether new testing and certification instruments are needed.

For more detailed information, visit:  
[www.euroshnet.eu/conference-2024](http://www.euroshnet.eu/conference-2024)

## New Head of KAN's European Representation in Brussels

On 15 August 2023, Ronja Heydecke assumed responsibility for KAN's European Representation in Brussels. After completing a bachelor's degree in European legal linguistics and the German first state examination in law, Ms Heydecke worked for almost two years at the EU liaison office of the

German Federal Chamber of Tax Advisers in Brussels, where she represented the interests of German tax advisers at EU level.

KAN's European Representation is one of its key instruments. At Brussels level and in conjunction with a number of different interest groups, it serves as the concerted voice of the German occupational safety and health lobby in the sphere of standardization. It has the task of actively monitoring developments in European standardization policy, and also EU legislation where the latter impacts upon occupational safety and health and standardization.

## Change of leadership at EU-OSHA

The European Agency for Safety and Health at Work (EU-OSHA) has a new director. William Cockburn Salazar, until now the interim Executive Director, was appointed as the new Director on 2 October 2023 by decision of the Administrative Board. He succeeds Dr Christa Sedlatschek, who led the agency through the period from 2011 to 2021.

William Cockburn Salazar has worked at EU-OSHA since 1998. He assumed responsibility for the Prevention and Research Unit, which develops and implements research and information projects concerning occupational safety and health, in 2012. He was appointed interim Executive Director in September 2021.

EU-OSHA is the EU body with responsibility for occupational safety and health. Through its activities, it supports the European Commission's Strategic Framework on Health and Safety at Work, and relevant EU strategies and programmes.

Further information on EU-OSHA's structure and tasks:  
<https://osha.europa.eu/en/about-eu-osha>

## Publications

### Understanding ICT Standardization

ETSI, the European Telecommunications Standards Institute, has published a comprehensive textbook covering numerous topics including the role of standards, the standards development process, the standardization landscape in Europe and strategic aspects of standardization. The textbook is intended to raise awareness among students and teaching staff in a range of disciplines for the significance of standards. Each chapter concludes with a summary, a quiz, a glossary and links to further information. In addition to the textbook, an accompanying lecture slideset is available for download on the ETSI website.

[www.etsi.org/education/teaching-material](http://www.etsi.org/education/teaching-material)

# Sommaire



© JVB

## Dossier

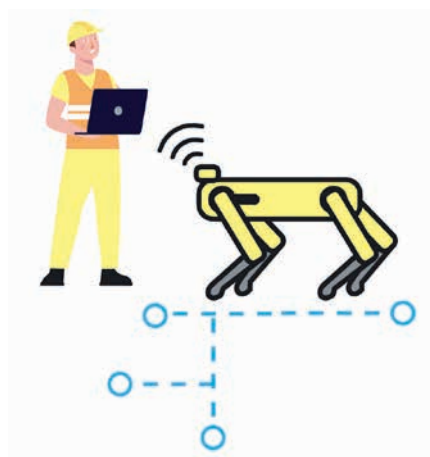
- 29 Le nouveau règlement sur la sécurité des produits
- 31 La protection contre les chutes de hauteur sur les wagons porte-automobiles

## Thèmes

- 33 Trois questions à... Michael Stephan, responsable de la section « Normalisation et standardisation » au sein du DIN
- 34 Étude de l'INRS : L'intelligence artificielle au service de la santé et la sécurité au travail
- 36 Des organismes de SST de plusieurs pays adoptent une position commune sur la normalisation
- 37 L'ANEC : la voix des consommateurs européens dans la normalisation



© mikivan - Fotolia.com



© INRS

## 39 En bref

Consultation sur la révision du règlement de l'UE sur la normalisation

8<sup>e</sup> conférence d'EUROSHNET en 2024 à Cracovie

Nouvelle direction de la représentation de la KAN à Bruxelles

Un nouveau directeur à l'EU-OSHA

Publications

## 40 Agenda

### Restez toujours informés :



[www.kan.de](http://www.kan.de)



[KAN\\_Arbeitsschutz\\_Normung](https://www.instagram.com/KAN_Arbeitsschutz_Normung)



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



**Benjamin Pfalz**

Président de la KAN  
Syndicat allemand de la  
métallurgie (IG Metall)

## Sécurité des produits : un nouveau règlement et son impact sur la SST

Les débats sur la nouvelle mouture du Règlement sur la sécurité des produits ont suscité moins de passion que ceux sur le Règlement européen sur les machines. Et pourtant, on y trouve une quantité de clarifications importantes, notamment sur l'aspect de la modification substantielle d'un produit. D'autres éléments nouveaux assurent une plus grande sécurité juridique, un renforcement des droits des consommateurs et la prise en compte de risques de sécurité liés aux nouvelles technologies. L'obligation d'effectuer une évaluation de la sécurité et de fournir une documentation s'applique désormais explicitement à tous les produits de consommation. D'une manière générale, les opérateurs économiques vont être soumis à davantage d'obligations. À compter du 13 décembre 2024, le nouveau Règlement sur la Sécurité des produits abrogera l'actuelle directive et sera directement applicable.

Bien que le nouveau règlement vise les produits de consommation, il aura aussi un impact bénéfique sur la SST si des produits sûrs sont utilisés comme équipements de travail et si les prescriptions du règlement sont spécifiées de manière adéquate dans des normes. Car une chose est certaine : selon le Nouveau Cadre juridique, la normalisation a un rôle essentiel à jouer, comme en témoigne aussi le fait qu'un produit est considéré comme sûr s'il est conforme aux normes harmonisées, ou aux exigences légales nationales, pour autant que celles-ci ne soient pas contraires au droit européen.

Le grand engagement que les préventeurs manifestent déjà dans la normalisation ne doit pas faire défaut à l'avenir afin de maintenir un niveau élevé de protection. En tant que plateforme et partenaire stratégique, la KAN soutient ce processus aussi et surtout dans les nouvelles conditions formulées dans le règlement. «

# Le nouveau règlement sur la sécurité des produits

Avec effet au 13 décembre 2024, le Règlement sur la sécurité des produits (EU) 2023/988 du 10 mai 2023 abrogera l'actuelle directive 2001/95/CE sur la sécurité des produits. En tant que règlement, il est directement applicable dans tous les États membres, sans devoir être transposé dans le droit national.

Le Règlement sur la sécurité générale des produits (RSGP)<sup>1</sup> repose sur le Nouveau cadre juridique<sup>2</sup>, qui harmonise la surveillance du marché, l'accréditation, l'évaluation de conformité et le marquage CE pour les produits. Bien que le dispositif se soit notablement étoffé en termes de définitions, de procédures et de catalogue d'obligations, le droit européen en matière de sécurité des produits est, dans son essence, resté inchangé.

## Champ d'application, définitions et obligation générale de sécurité

Même si, à première vue, l'article 2 du RSGP peut sembler différent, le champ d'application n'a pas changé. L'objectif déclaré reste d'assurer un niveau élevé de protection des consommateurs et de réaliser un marché intérieur sans frontières. On voit toutefois apparaître pour la première fois la définition de notions telles que 'risque', 'importateur' et 'prestataire de services d'exécution des commandes', notions qui sont ancrées depuis longtemps dans la législation européenne sur les produits. Les définitions de divers termes relatifs à la normalisation, tels que 'norme européenne' et 'organisation européenne de normalisation' ont été également ajoutées. Renvoyant aux définitions du Règlement européen sur la normalisation, elles apportent ainsi davantage de clarté dans l'application. Contrairement à ce qui était le cas jusqu'à présent, tous les opérateurs économiques sont désormais explicitement tenus de ne mettre sur le marché, ou de ne mettre à disposition sur le marché, que des produits sûrs. Comme par le passé, est défini comme 'produit' tout élément destiné aux consommateurs ou qui est susceptible, dans des conditions raisonnablement prévisibles, d'être utilisé par ces derniers.

## Évaluation de la sécurité des produits

Bien que la procédure d'évaluation de la sécurité des produits n'ait pas essentiellement changé, les nouveaux articles 6 à 8 du RSGP la réglementent de manière beaucoup plus détaillée. Le premier élément déterminant est la présomption de conformité visée à l'article 7 paragraphe 1. Selon cette disposition, un produit est considéré comme sûr s'il est conforme aux normes européennes pertinentes, dont les références ont été publiées au Journal officiel de l'UE, ou, en l'absence de telles normes, s'il est conforme aux exigences légales nationales, pour autant que celles-ci ne soient pas contraires au droit européen. Pour des raisons d'harmonisation, la Commission européenne est habilitée à déterminer, au moyen d'actes d'exécution, quelles exigences spécifiques de sécurité doivent être couvertes par des normes européennes.

L'article 6 énumère en outre une quantité d'aspects à prendre en compte dans la procédure d'évaluation. On retiendra notamment les caractéristiques de cybersécurité dont doit être doté un produit pour être protégé contre les influences extérieures. S'ajoutent encore les fonctionnalités évolutives, d'apprentissage et prédictives du produit, par lesquelles on entend l'intelligence artificielle. Et enfin, si la présomption de conformité ne s'applique pas, il est toujours possible, conformément à l'article 8, de prendre en compte des normes et standards subordonnés aux lois.

## Les obligations des opérateurs économiques

Ne serait-ce que par sa longueur, le chapitre III du RSGP témoigne du fait que le législateur européen tenait à une réglementation exhaustive. Comme par le passé, les obligations légales en matière de sécurité des produits sont définies en fonction de la proximité qu'a l'opérateur économique avec le produit. Logiquement, c'est d'abord au **fabricant** d'un produit que s'adressent les obligations. Mais est aussi considéré comme fabricant quiconque commercialise un produit sous son propre nom ou sa propre marque. Pour la première fois, il est expressément précisé que toute personne qui modifie un produit de manière substantielle est également considérée comme fabricant, une définition de ce qu'est une modification substantielle étant en même temps fournie.

La figure du **mandataire**, qui apparaît déjà dans le Règlement sur la surveillance du marché, est également réglementée ; son rôle est toutefois modifié par des obligations supplémentaires, notamment celle de vérifier la documentation technique. Le fabricant doit notifier aux autorités compétentes tout accident provoqué par l'un de ses produits. Les importateurs et distributeurs doivent quant à eux faire remonter au fabricant toute information de cette nature.

Tous les opérateurs économiques doivent veiller à disposer de processus internes qui leur permettent de se conformer aux exigences pertinentes du Règlement (article 14). Pour certains produits et catégories de produits, la Commission peut mettre en place un système de traçabilité dans lequel doivent être collectées des données « permettant d'identifier le produit, ses composants ou les opérateurs économiques intervenant dans sa chaîne d'approvisionnement. » Ces obligations internes en matière d'évaluation de la conformité existaient, certes, déjà auparavant, mais elles n'étaient pas autant au premier plan de la surveillance du marché, ce qui renforce l'impression que le législateur européen s'intéresse de plus en plus non seulement à la conformité des produits, mais aussi à celle des systèmes.

#### Vente à distance, places de marché en ligne

Quiconque propose un produit à la vente à distance doit fournir les coordonnées du fabricant ou du responsable du produit, une image du produit et tout avertissement ou information concernant sa sécurité. À l'article 22 du RSGP, 12 paragraphes définissent de manière détaillée les nouvelles obligations des fournisseurs de places de marché en ligne. Il s'agit notamment de la désignation d'un **point de contact unique** pour les autorités de surveillance du marché et les consommateurs, et de règles relatives aux injonctions des autorités publiques, aux rappels de produits et aux obligations de coopération.

#### Surveillance du marché

La surveillance du marché est régie par le Règlement (UE) 2019/1020, dont certaines parties sont déclarées applicables. Les États membres continuent de notifier les produits dangereux par le biais du système d'alerte rapide Safety Gate (ancien RAPEX). Parallèlement, le point d'accès Safety Business Gateway est mis en place, conçu pour permettre une communication simplifiée, d'un côté entre les opérateurs économiques et les exploitants des places de marché en ligne, et de l'autre les autorités de surveillance du marché et les consommateurs.

#### Remarques finales

La coopération au niveau européen des autorités de surveillances entre elles et avec la Commission se trouvera intensifiée. Un réseau dédié à la sécurité des consommateurs sera mis en place pour assurer la communication et la coordination avec les autorités. De plus, des actions de contrôle coordonnées sont prévues pour certains produits ou catégories de produits. En cas de risques pour la santé et la sécurité des consommateurs découlant d'un produit, la Commission peut aussi, de sa propre initiative ou à l'initiative d'un État membre, prendre des mesures pouvant aller jusqu'à l'interdiction de mise sur le marché, et ce sous forme d'actes d'exécution.

*Philipp Reusch*  
Avocat ; associé et fondateur du  
cabinet reuschlaw  
[p.reusch@reuschlaw.de](mailto:p.reusch@reuschlaw.de)

<sup>1</sup> <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2023/988/oj>

<sup>2</sup> Se compose de : Règlement (CE) 765/2008, Décision 768/2008 et Règlement (UE) 2019/1020

## La protection contre les chutes de hauteur sur les wagons porte-automobiles

Pour le transport sur rail de voitures particulières, les entreprises ferroviaires ont, depuis de nombreuses années, recours notamment à des wagons ouverts à deux niveaux. Pour les opérations de chargement et de déchargement, le personnel doit aussi intervenir sur la plateforme supérieure des wagons. Or, ceux-ci sont équipés de garde-corps d'une hauteur nettement inférieure à un mètre. La nouvelle brochure « Fachbereich AKTUELL FBVL-011 » vise à minimiser les dangers pour le personnel et à aider les entreprises concernées à prendre des mesures de sécurité efficaces contre les chutes de hauteur.

Lors des opérations de chargement et de déchargement des wagons porte-automobiles ouverts, par exemple en se déplaçant le long des véhicules ou en plaçant/retirant les cales d'arrimage, les travailleurs sont exposés à des risques de chute de hauteur. Ces risques sont dus au fait que la plateforme supérieure se trouve à une hauteur d'environ 2,6 m au-dessus du bord supérieur des rails, tandis que les câbles des garde-corps qui bordent cette plateforme ne se trouvent qu'à 0,6 m au-dessus du sol (fig. 1).

En Allemagne, cette faible hauteur s'explique par le fait que, selon le règlement sur la construction et l'exploitation des chemins de fer, certaines cotes ne doivent pas être dépassées pour les véhicules ferroviaires lors des manœuvres et des trajets. Par le passé, on s'est prononcé contre les garde-corps plus hauts en raison d'erreurs de manipulation possibles et des dangers incalculables que celles-ci risquent d'entraîner pour l'exploitation ferroviaire pendant les déplacements (par exemple si les garde-corps ne sont pas rabattus avant le trajet). Il existe en outre certaines dispositions légales relatives à l'exploitation ferroviaire qui, souvent, ne permettent pas l'utilisation d'installations fixes pour la protection contre les chutes en raison d'écart trop faibles entre deux voies.

Afin de minimiser les risques de chutes de hauteur, des mesures de sécurité de nature organisationnelle et opérationnelle ont été définies par le passé, notamment l'intervention de personnel qualifié et spécialement formé, ou le port de chaussures anti-dérapantes.

### Une approche actualisée, suite à la modification des dispositions légales

Les opérations de chargement et de déchargement sur des wagons porte-automobiles ouverts étaient, et sont encore aujourd'hui – du moins en partie – effectuées conformément aux spécifications évoquées ci-dessus.

Des recherches ont montré que, durant les vingt dernières années, les voitures de construction européenne devant être chargées avaient gagné en moyenne dix centimètres de largeur et vingt centimètres de longueur. Or, les dimensions des wagons porte-automobiles sont restées inchangées. De ce fait, l'espace et les distances utilisables par le personnel intervenant sur ces wagons a diminué, ce qui augmente encore le risque de chutes de hauteur.



Wagon porte-automobiles avec un garde-corps rabattu pendant le déplacement du train

La brochure « **Fachbereich AKTUELL – FBVL-011** » vise à aider les entreprises concernées par le transport de voitures sur des wagons porte-automobiles à prendre des mesures de protection efficaces contre les chutes de hauteur, et à permettre ainsi à toutes les personnes qui interviennent sur les plateformes de chargement de ces wagons de travailler en toute sécurité et sans accident.



Pour en savoir plus sur l'imbrication complexe entre le droit ferroviaire et la SST :

[www.kan.de/en/what-we-do/transport-and-traffic/railways/rail-transport](http://www.kan.de/en/what-we-do/transport-and-traffic/railways/rail-transport) (en anglais)

*Ing. dipl. Gerhard Heres*

*Assurance accidents  
'Bund und Bahn'*

*Membre de la sous-section  
spécialisée de la DGUV  
« Chemins de fer »*

*gerhard.heres@uv-bund-bahn.de*

D'un point de vue juridique, les véhicules ferroviaires sont des équipements de travail. Les wagons porte-automobiles relèvent donc du champ d'application de l'ordonnance allemande sur la sécurité dans les entreprises. Les Règles techniques TRBS 2121, qui concrétisent cette ordonnance pour ce qui est des risques encourus par les employés en cas de chute de hauteur, définissent la manière dont doivent être évalués les risques, et dont doivent être définies les mesures visant à empêcher les chutes. Il en résulte que, par principe, c'est à l'entreprise en charge du transbordement qu'il revient de fixer les règles de sécurité adéquates contre les chutes de hauteur. Les mesures de SST sont toutefois rendues compliquées par le fait que différentes entreprises sont impliquées, directement ou indirectement, dans le transport de véhicules, notamment les fabricants des véhicules ferroviaires, les exploitants des voies ferrées, les transporteurs ferroviaires et les expéditeurs des véhicules automobiles, ainsi que les exploitants des terminaux et leurs sous-traitants qui effectuent les travaux de transbordement.

### Des pistes de solution adéquates en vue

Étant donné qu'il est très coûteux, voire irréalisable, de mettre à disposition des installations adéquates contre les chutes (p.ex. des échafaudages) sur les voies ferrées existantes, il convient d'avoir recours en priorité à des équipements de travail sûrs – et donc à des wagons porte-automobiles dotés de garde-corps d'une hauteur suffisante.

Plusieurs fabricants proposent aujourd'hui des wagons porte-automobiles équipés de garde-corps rabattables qui, en position relevée, ont une hauteur d'au moins 1,00 mètre, ce qui accroît notablement le niveau de protection pour le personnel. Ces garde-corps représentent l'état de l'art, qui est aussi conforme aux exigences de l'ordonnance sur la sécurité dans les entreprises pour ce qui est des risques de chute de hauteur.

Œuvrant en collaboration avec l'Inspection du travail du Land de Brême, l'Office fédéral des chemins de fer et la KAN, la sous-section spécialisée « Chemins de fer (systèmes de transport sur voies) » de l'Assurance sociale allemande des accidents du travail et maladies professionnelles (DGUV) s'emploie à attirer l'attention sur le risque de chute de hauteur lors d'opérations sur les wagons porte-automobiles ouverts, et à réduire le plus rapidement possible les dangers pour les employés. C'est dans ce but que cette sous-section a élaboré une brochure « FB AKTUELL », qui a été publiée en mars 2023 par la commission sectorielle « Transport et paysage » (FB VL) de la DGUV<sup>1</sup>. On y trouve une description de la problématique, ainsi que des pistes de solution adéquates.

Il convient de préciser dans ce contexte que les fabricants d'équipements de travail – et donc aussi de véhicules ferroviaires – sont tenus d'évaluer les risques de sécurité liés à leur utilisation, de définir des mesures de sécurité appropriées et d'en tenir compte pour la construction des véhicules ferroviaires. Ils devront solliciter le concours des autres acteurs, dont les obligations en matière de sécurité et de santé du personnel devront être respectées. Il s'agit là d'un aspect dont il convient de tenir compte dès la commande de wagons porte-automobiles.

<sup>1</sup> <https://publikationen.dguv.de>, mot-clé : FBVL-011 (en allemand)



# Trois questions à... Michael Stephan, responsable de la section « Normalisation et standardisation » au sein du DIN

Après différentes fonctions dans des entreprises industrielles, Michael Stephan est, depuis 2016, membre de la direction du DIN. Depuis 2018, il est responsable de la section « Normalisation et standardisation ».

**Plusieurs nouveaux actes législatifs de l'UE confèrent à la Commission européenne le pouvoir de définir, dans des spécifications communes, des exigences auxquelles doivent répondre des produits. Qu'est-ce que cela signifie pour la normalisation ?**

Cela va très probablement signifier davantage de travail en termes d'orientation et de mise en œuvre, et pourrait mener à l'apparition d'exigences techniques se faisant mutuellement concurrence. L'élaboration de normes européennes harmonisées obéit à des règles très claires, définies, entre autres, par le règlement européen sur la normalisation. Celui-ci confère à la fois des droits et des obligations aux organismes européens de normalisation. Ils doivent notamment veiller à la transparence des procédures et à une participation aussi vaste que possible des parties prenantes – en particulier des petites et moyennes entreprises, des consommateurs et des organisations environnementales. Les spécifications communes, en revanche, ne sont soumises à aucune exigence définie, que ce soit en termes de procédure d'élaboration, de transparence ou de vaste participation des cercles intéressés. De plus, leur contenu ne doit pas impérativement être en adéquation avec la collection normative européenne existante. C'est pourquoi je suis d'avis que les spécifications communes ne peuvent être qu'un pis-aller, et qu'il faudrait toujours donner la priorité à l'élaboration de normes européennes harmonisées.

**Une avocate générale de l'UE a récemment réclamé l'accès gratuit aux normes harmonisées. Quelle est la position du DIN à ce sujet ?**

Cette demande a été soulevée dans le cadre d'une procédure judiciaire dont a été saisie la Cour de justice européenne (CJUE). Reste à voir si – et, le cas échéant, dans quelle mesure – la CJUE statuera en faveur de la demande de l'avocate générale. Si c'est le cas, cela

pourrait avoir un impact négatif considérable sur l'économie européenne et sur le système de normalisation européen. La question ne serait pas seulement de savoir si et comment les normes européennes harmonisées élaborées à l'intérieur de ce système devront être à l'avenir publiées gratuitement. Le jugement pourrait surtout avoir pour effet que la normalisation européenne se trouve découplée de la normalisation internationale. Si en effet la protection en vertu du droit d'auteur est supprimée, on peut s'attendre à ce que l'ISO ou la CEI ne mettent plus les contenus de leurs normes internationales à la disposition de la normalisation européenne, comme elles le faisaient jusqu'à présent. Avec un tel découplage, nous aurions invalidé le système de normalisation parfaitement fonctionnel aujourd'hui qui est le nôtre, ce qui, au final, pourrait se traduire par la création d'entraves au commerce.

L'interaction entre législation européenne et normalisation est, à mes yeux, la garantie que la manière dont s'effectue la réglementation des détails techniques répond à la pratique et s'adapte en permanence à l'état de l'art. Il s'agit là d'une prouesse réalisée depuis plus de trente ans par des organismes de normalisation de droit privé, qui facilitent ainsi aux entreprises l'accès au Marché intérieur. Le législateur, en revanche, se contente de réglementer les exigences essentielles. Ce que réclame l'avocate générale pourrait donc finalement être perçu comme étant la fin de ce fructueux partenariat public-privé.

**La génération du baby-boom va bientôt partir à la retraite. Est-ce que cela ne va pas confronter le travail de normalisation à d'énormes problèmes ?**

Ce défi est pour nous tout aussi important que pour l'ensemble de notre société et de notre économie. Nous le



Dr. Michael Stephan

constatons déjà lorsqu'il s'agit de recruter nos propres collaborateurs pour le DIN, mais aussi de trouver les experts qui, au final, élaborent le contenu des normes. Nous répondons à ce défi à quatre niveaux :

1. Nous renforçons notre action auprès des établissements d'enseignement supérieur, le but étant de sensibiliser très tôt les apprentis et les étudiants aux enjeux de la normalisation, car nous aurons besoin d'eux, au sein des comités de normalisation, dans la suite de leur vie professionnelle.
2. Le réseau DIN Young Professionals facilite l'entrée de nouveaux professionnels dans le monde de la normalisation, et leur offre une plateforme d'échange.
3. Les avancées de la numérisation allant vers les normes intelligentes doivent permettre d'utiliser les normes plus efficacement. Nous créons ainsi des possibilités d'automatiser l'utilisation des normes et de simplifier ainsi leur accès grâce à l'IA.
4. En tant qu'employeur, nous souhaitons aussi évidemment attirer de nouveaux collaborateurs en leur proposant des conditions de travail intéressantes et des sujets d'actualité, car la normalisation reste d'une extrême importance pour notre économie et notre société, pour décrire un état de l'art sûr et fiable.

# Étude de l'INRS : L'intelligence artificielle au service de la santé et la sécurité au travail

Les investissements dans les technologies d'IA ont fortement augmenté ces dernières années.

Selon certaines publications scientifiques<sup>1</sup>, le domaine de la santé et de la sécurité au travail apparaissait notamment comme un potentiel marché en développement. C'est pourquoi le conseil d'administration de l'Institut national de recherche et de sécurité (INRS) a lancé en 2022 une étude prospective, qui examine les usages possibles de l'intelligence artificielle au service de la santé et la sécurité au travail à l'horizon de 2035.<sup>2</sup>

L'objectif de l'étude était d'explorer les opportunités que pouvaient représenter ces nouvelles technologies pour le domaine de la prévention des risques professionnels en envisageant à la fois les atouts et les points de vigilance liés à ce développement et de parvenir in fine à des pistes d'actions pour que l'intelligence artificielle s'avère bénéfique à tous les acteurs de la prévention.

Le parti a été pris de centrer la réflexion sur trois domaines d'usage spécifiques à la santé et sécurité au travail :

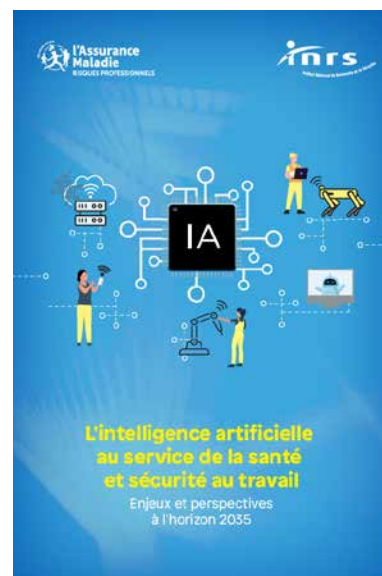
- l'analyse de données massives via des systèmes d'IA pouvant être utilisée dans le cadre d'études épidémiologiques ou d'accidentologie ;
- la sécurisation des environnements de travail par le biais de capteurs et de systèmes embarquant de l'IA et enfin
- la robotique avancée permettant la collaboration Homme – Robot ou de substituer la machine à l'Homme pour la réalisation de tâches pénibles voire dangereuses.

Certaines technologies ayant pour principal objet la rentabilité économique mais pouvant indirectement participer à l'amélioration des conditions de travail ont été exclues du périmètre. Pour conduire cette réflexion, un groupe associant experts de l'IA, acteurs de l'entreprise et spécialistes de la santé et sécurité au travail a été constitué.

## Résultats de l'étude

Les principaux enseignements issus de cet exercice de prospective ont été présentés sous forme de messages clés dans l'objectif de fournir aux acteurs de la prévention des éléments de compréhension et d'action pour les aider à préparer l'avenir.

Le premier de ces messages confirme l'intérêt de ces technologies pour la prévention : les technologies de détection basées sur l'analyse de données du terrain ont fait une avancée spectaculaire. Le potentiel de développement des systèmes de sécurisation des environnements de travail paraît important. Par ailleurs l'automatisation de certaines tâches rendue possible par ces technologies pourra soustraire, à l'avenir, les travailleurs de situations de travail dangereuses.



Cependant les concepteurs et diffuseurs de systèmes d'IA pouvant être assez éloignés des valeurs essentielles de la santé et sécurité au travail défendues par l'Europe et par la France, il y a un enjeu à accompagner un développement de ces dispositifs qui soit compatible avec ces valeurs. Ces technologies devant encore faire leurs preuves, il paraît également essentiel de ne pas baser tous les développements en santé et sécurité au travail sur ces technologies. Au-delà des différents atouts qui ont été mis en avant au travers des trois cas d'usage, l'un des principaux risques serait de positionner ces technologies au centre de l'organisation du travail afin de les rentabiliser avec pour conséquence la mise au second plan du travail humain. Il faut enfin garder en tête que les accidents du travail surviennent souvent dans le cadre de situations atypiques (situations dégradées, pannes, opérations de maintenance, etc.) qui ne pourront pas toujours être anticipées par les systèmes d'IA et constituent une limite à leurs promesses.

### Pistes d'actions

Le groupe de travail a émis pour finir un certain nombre de pistes d'actions :

Etant données la technicité et l'opacité de ces systèmes d'IA, le premier effort d'investissement devrait porter sur la formation des différents acteurs, afin qu'ils puissent acquérir une bonne compréhension du mode de fonctionnement de ces systèmes, mais aussi des enjeux éthiques qu'ils soulèvent, du cadre réglementaire dans lequel ils s'inscrivent et des risques qu'ils peuvent engendrer. Cet effort de formation devrait également concerner plus en amont les développeurs et concepteurs de ces systèmes. Une formation à la santé et sécurité au travail serait nécessaire pour les sensibiliser aux risques associés à ces technologies et les amener à chercher à respecter les principes de prévention dans leurs algorithmes.

Parallèlement à la formation, une attention particulière devrait être portée à la définition des normes et réglementations encadrant les technologies d'IA, de façon à ce que ces nouveaux cadres prennent en compte systématiquement les principes de santé et sécurité au travail et contribuent au développement d'outils sûrs.

Enfin, une vigilance particulière doit être portée à l'usage des données collectées nécessaires au fonctionnement des systèmes d'IA, qui doit se faire dans le respect de la vie privée (au sens *privacy*) des travailleurs. Il faut veiller par ailleurs à ce qu'elles soient qualifiées de façon à éviter les biais durant la phase d'apprentissage.

Pour conclure, si les avancées de l'IA offrent des perspectives de progrès pour la prévention des risques professionnels, elles entraînent aussi, comme toute modification, certains risques, qui nécessitent que les organismes de prévention travaillent dès aujourd'hui à développer et à diffuser des outils méthodologiques permettant de guider les acteurs face à ces innovations.

*Jennifer Clerté*

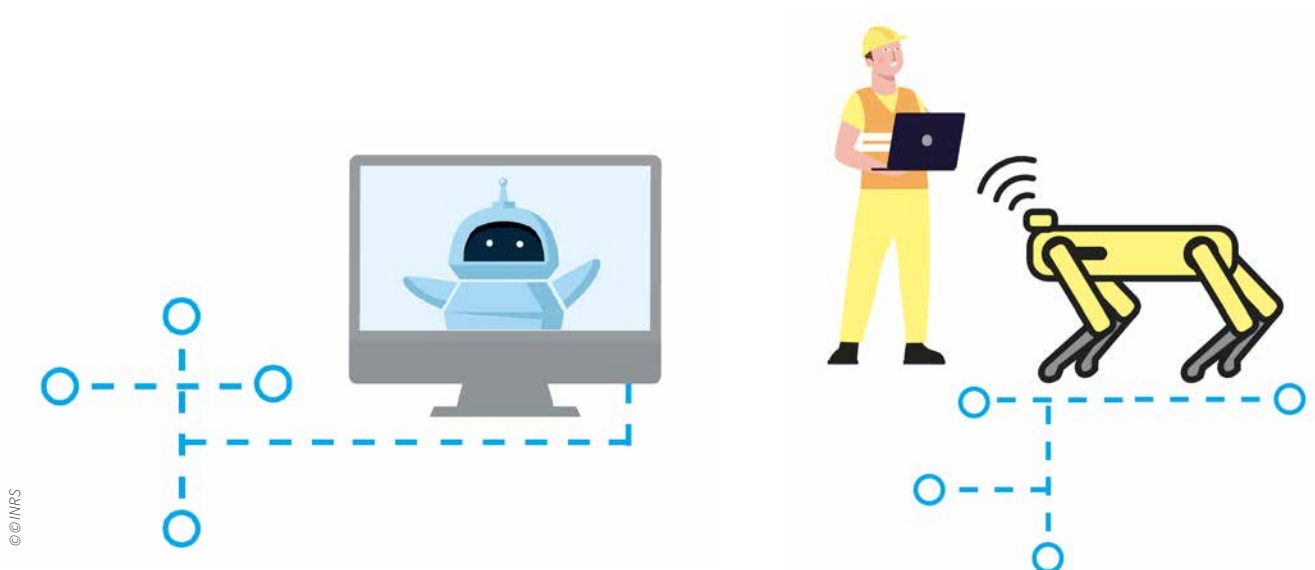
*INRS*

*Chargée de mission  
Veille et prospective*

*jennifer.clerte@inrs.fr*

<sup>1</sup> [www.mdpi.com/1660-4601/18/13/6705](http://www.mdpi.com/1660-4601/18/13/6705)

<sup>2</sup> Synthèse de l'étude : [www.inrs.fr/media.html?refINRS=Pv%2020](http://www.inrs.fr/media.html?refINRS=Pv%2020)



# Des organismes de SST de plusieurs pays adoptent une position commune sur la normalisation

En 2014, les organismes français de SST EUROGIP et INRS ainsi que la KAN ont adopté la « Déclaration commune sur la politique de normalisation dans le domaine de la sécurité et santé au travail ». Elle portait sur des sujets émergents à l'époque, comme le rôle des nouveaux documents de normalisation ou encore la normalisation dans les domaines des services ou des systèmes de management. Cette déclaration vient d'être actualisée.

Adoptée conjointement sous le nom de « Déclaration de Bonn », ce document de position traite de sujets d'actualité de la SST dans la normalisation européenne. En 2016, l'institut polonais de SST CIOP-PIB a, lui aussi, adhéré à la déclaration. Au fil des années qui ont suivi cette adoption, de nombreux sujets nouveaux sont apparus dans la normalisation. Les institutions signataires ont donc entamé un processus de révision, le but étant de mettre le document à jour et de le compléter par des aspects nouveaux qui ont aujourd'hui – et auront à l'avenir – un impact déterminant sur le travail de normalisation.

Un autre objectif était d'inciter d'autres institutions européennes de SST à adhérer également à la déclaration. Une invitation allant dans ce sens a été communiquée à d'autres institutions par le biais du réseau EUROSHNET. Les premiers projets du nouveau document ont suscité un écho positif, qui a conduit l'INSST pour l'Espagne et le FIOH pour la Finlande à participer également à la mise à jour.

## La déclaration actualisée et complétée

La position sur certains sujets qui figuraient déjà dans la première déclaration a été adaptée aux avancées de ces dernières années, concernant notamment la normalisation des produits, les documents assimilés à des normes et la normalisation relative à l'organisation de la prévention en entreprise.

Concernant la normalisation des produits, les institutions signataires demandent que le niveau de protection européen soit maintenu lorsque des normes internationales ISO et CEI sont adoptées comme normes harmonisées. Elles approuvent sur le fond le système des HAS Consultants, qui véri-

fient la conformité des normes harmonisées avec la législation de l'UE ; elles estiment toutefois que, une fois vérifiées, les normes harmonisées devraient être listées plus rapidement au Journal Officiel de l'Union Européenne.

Les documents assimilés à des normes, tels que les CWA, les IWA et les PAS, ne se prêtent pas à la réglementation d'aspects relatifs à la SST. Pour les distinguer des normes à part entière, ces formes de documents devraient en outre être clairement identifiées. Les spécifications techniques (TS) peuvent être utilisées pour les projets devant être réalisés dans un délai très court, tandis que les rapports techniques (TR) se prêtent aux projets dont le contenu en matière de SST est de nature purement informative.

La Déclaration commune met l'accent sur la différence du rôle des normes, d'un côté pour la sécurité des produits et de l'autre pour l'organisation de la prévention en entreprise. Concernant l'organisation de la prévention en entreprise, il est demandé aux organismes de normalisation d'évaluer en amont les projets de normalisation, et d'élaborer les normes dans ce domaine uniquement si elles améliorent réellement la sécurité et la santé au travail et n'entrent pas en conflit avec les réglementations nationales.

## Des aspects nouveaux : la numérisation, l'intelligence artificielle, la stratégie de normalisation

Certains aspects totalement nouveaux ont été ajoutés à la déclaration. L'un des effets de la numérisation dans le monde de la normalisation est le fait que de nombreuses réunions se tiennent désormais sous forme virtuelle, ce qui présente l'avantage d'une plus vaste participation et d'une diminution des

déplacements. Il est toutefois précisé dans la déclaration que le contact personnel au sein des comités de normalisation reste important pour la recherche d'un consensus, et qu'il ne faut donc pas renoncer totalement aux réunions en présentiel.

La normalisation dans le domaine de l'intelligence artificielle représente aussi un défi pour la SST. Pour que la standardisation des technologies de l'IA soit une réussite, la manière dont les questions relatives à la SST sont abordées dans les normes est essentielle. Il est ici important que les préventeurs soient fortement impliqués dans les processus de normalisation. De plus, les normes relatives à l'IA doivent être compatibles avec les méthodes d'évaluation des risques utilisées dans le domaine de la sécurité des produits et de la SST.

L'importance de la normalisation sur le plan politique est mise en évidence par des initiatives de la Commission européenne, telles que la Stratégie en matière de normalisation, publiée en 2022. La Déclaration commune stipule que le travail de normalisation doit continuer à reposer sur le consensus et à suivre des principes démocratiques. Il est également important que toutes les parties prenantes en matière de SST soient suffisamment impliqués dans les processus de normalisation.

La Déclaration commune a été publiée en décembre 2023 : [www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/EU/2023-Common-declaration-en.pdf](http://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/EU/2023-Common-declaration-en.pdf) (en anglais)

*Freeric Meier  
meier@kan.de*

# L'ANEC : la voix des consommateurs européens dans la normalisation

L'ANEC est l'une des organisations visées à l'Annexe III du Règlement sur la normalisation, qui bénéficient du soutien particulier de la Commission européenne pour permettre leur participation à la normalisation.

Dans cet entretien, son directeur général Stephen Russell parle de l'organisation et du fonctionnement de cette organisation de protection des consommateurs, et des développements actuels qui impactent son action.



## Quelle est la mission de l'ANEC et comment est-elle organisée ?

L'ANEC<sup>1</sup> représente des organisations de consommateurs de pays membres du CEN-CENELEC. Nos membres ne sont pas des organisations, mais des individus désignés par consensus par les différentes organisations nationales de consommateurs. En tant qu'intermédiaires entre l'ANEC et les organisations nationales respectives, ils contribuent de manière décisive à définir la vision stratégique de l'ANEC, dont l'enjeu est de répondre aux futurs besoins en normalisation et d'assurer ainsi une meilleure protection des consommateurs. Nos membres sont en outre invités à transmettre les positions communes de l'ANEC concernant les normes et propositions de loi aux organismes nationaux de normalisation, aux autorités et aux députés européens nationaux. Ce retour est inestimable, le principe de délégation nationale étant en effet d'une importance capitale dans la normalisation européenne et internationale.

Pour 2024, l'ANEC s'est fixé comme objectif, en jouant un rôle de catalyseur, de renforcer les relations entre le mouvement des consommateurs, les organismes de normalisation et les autorités dans certains pays. Si la voix des consommateurs n'est pas suffisamment entendue au niveau de la normalisation, cela a un impact négatif, tant sur le plan économique que social. Juste avant la pandémie, les dépenses de consommation représentaient 54 % du PIB de l'UE, et nous pensons que la demande pour des produits et services provenant d'entreprises européennes – et notamment de PME – ne se trouvera pas renforcée sans des consommateurs confiants et responsables, aidés par des normes qui répondent aux attentes de chacun. Malheureusement, les pouvoirs publics nationaux continuent de privilégier le renforcement de l'offre, conformément à la vieille formule sacrée : « des normes élaborées par l'industrie et destinées à l'industrie. »

## Comment l'ANEC est-elle impliquée dans le travail de normalisation ?

Sur le plan technique, les positions de l'ANEC sur les projets de normes et autres aspects de la normalisation – comme le mandat de normalisation de la Commission européenne – sont définies par sept groupes de travail réunissant des experts de plusieurs pays membres. Ces groupes de travail sont respectivement en charge des domaines prioritaires de l'ANEC, tels qu'ils ont été définis par ses membres : Accessibilité, Sécurité des enfants, Société numérique, Appareils électroménagers, Prestations de services, Durabilité, Trafic et mobilité. Des experts désignés par chaque groupe de travail en transmettent les positions directement au CEN-CENELEC, à l'ETSI et à l'ISO/CEI (et à l'UNECE dans le cas de normes automobiles), ainsi que, le cas échéant, aux membres de l'ANEC, pour diffusion. Ceci permet de compenser la faiblesse – voire l'absence totale – d'expertise provenant de consommateurs au sein des organes techniques et des groupes miroirs des organismes nationaux de normalisation dans de nombreux pays. L'Allemagne est une exception, car elle dispose au sein du DIN d'un point de contact spécifique : le Conseil des consommateurs. Cette faible représentation des consommateurs a évidemment été la raison pour laquelle l'ANEC a été retenue comme organisation visée à l'Annexe III du Règlement (UE) 1025/2012 sur la normalisation.

## Quel rôle joue la normalisation dans la protection des consommateurs ?

La Nouvelle Approche, avec son interaction entre réglementation et normalisation, a non seulement supprimé les obstacles techniques au commerce pour les entreprises, mais a aussi amélioré la protection et le bien-être de millions de consommateurs. Même si les entreprises n'ont aucun intérêt à ignorer leurs clients, elles ont néanmoins plutôt tendance à se concentrer sur le consommateur 'moyen' ou 'standard', pour lequel les coûts sont les plus bas et les profits les plus élevés. Sans l'ANEC, les besoins en particulier des consommateurs les plus vulnérables (jeunes enfants, personnes âgées ou en situation de handicap) seraient souvent négligés. L'une de nos plus belles réussites a été de nous investir en faveur de la révision de la première génération de la série de normes EN 60335-2 sur les appareils électroménagers, révision que nous avons initiée, puis dirigée. Il s'agissait alors de plus d'une centaine de normes pour une multitude d'appareils du quotidien. Ces normes excluaient l'utilisation des appareils par les



Stephen Russell

consommateurs vulnérables, sauf sous surveillance. Le travail que nous avons accompli pendant plus de 20 ans a permis de rendre des millions de produits vendus chaque année plus sûrs et plus accessibles aux consommateurs de tous âges et de toutes capacités.

### Quelle est pour vous l'importance du Forum de haut niveau sur la normalisation européenne ?

La création du Forum est venue à point nommé. Le Nouveau Cadre juridique, qui a succédé à la Nouvelle Approche, est actuellement élargi à des domaines qui sont très éloignés de ceux qui ont constitué les fondements du Marché unique. La normalisation, telle que nous la connaissons aujourd'hui, a commencé en 1901 avec la normalisation

des écrous et des boulons. Aujourd'hui, elle est aussi censée concrétiser le Règlement sur l'intelligence artificielle<sup>2</sup> et des aspects légaux qui concernent les droits fondamentaux de l'homme. Mais une procédure qui, traditionnellement, réunit des experts techniques et qui débouche sur des décisions prises par consensus et pour lesquelles la participation est souvent si déséquilibrée, se prête-t-elle au traitement de droits fondamentaux de la personne humaine ?

Grâce au Forum, nous pouvons, avec nos collègues du BEUC – la plus grande organisation européenne de consommateurs – diriger un groupe de travail chargé d'examiner ces questions et de se demander, de fait, s'il ne devrait pas y avoir une limite à ce qui est normalisable. En Allemagne, la norme DIN 820-1 sur les principes de la normalisation exclut explicitement plusieurs domaines, notamment les questions idéologiques et les sujets qui relèvent de la compétence des partenaires sociaux. Il serait peut-être bon que la normalisation européenne et internationale connaisse des limites similaires.

### Que pensez-vous de la révision du Règlement européen sur la normalisation ?

Comme beaucoup d'autres parties prenantes, nous pensons que ce n'est pas une révision complète qui est nécessaire, mais plutôt un 'amendement ciblé'.<sup>3</sup> Selon nous, le cadre juridique devrait non seulement fixer les limites de ce qui est normalisable, mais aussi laisser la Commission décider au cas par cas si l'élaboration d'une norme harmonisée – considérée après tout comme faisant partie du droit par la Cour de justice européenne – peut être proposée par le CEN-CENELEC à l'ISO/CEI. L'environnement au niveau international est très différent de l'environnement européen, notamment en ce qui concerne l'approche de certains pays en matière d'éthique et les possibilités de participation au processus de normalisation.

Nous pensons aussi que, même si, en fin de compte, l'extension du Nouveau Cadre juridique n'est que limitée, l'actuel système des HAS Consultants ne suffit plus. Il devrait être remplacé par un 'Conseil de contrôle des normes' constitué non seulement d'experts techniques, mais aussi de spécialistes dans un éventail beaucoup plus large de disciplines pertinentes.

<sup>1</sup> [www.anec.eu](http://www.anec.eu)

<sup>2</sup> Étude de l'ANEC et de la BEUC sur le rôle des normes dans la future législation européenne sur la politique numérique (7/2023) : [www.anec.eu/images/Publications/other-publications/2023/ANEC-DIGITAL-2023-G-138.pdf](http://www.anec.eu/images/Publications/other-publications/2023/ANEC-DIGITAL-2023-G-138.pdf) (en anglais)

<sup>3</sup> Nous approfondirons ces réflexions dans une prise de position sur la révision du règlement sur la normalisation que nous publierons conjointement avec le BEUC dans les semaines à venir.

## Consultation sur la révision du règlement de l'UE sur la normalisation

Le 1<sup>er</sup> septembre 2023, la Commission européenne a publié la première partie de la consultation portant sur une révision du règlement (UE) 1025/2012 sur la normalisation. Comme annoncé dans la Stratégie européenne en matière de normalisation de 2022, le règlement doit être évalué afin de déterminer s'il est toujours adapté à sa finalité, plus de 10 ans après son application, et s'il ne se laisse pas distancer par les avancées de la normalisation technique au niveau national, européen et mondial. Le règlement établit le cadre juridique régissant les relations entre les institutions européennes, les pays de l'UE et les organismes européens de normalisation lors de l'élaboration de normes harmonisées.

Le grand public et les parties prenantes concernées sont maintenant consultés en plusieurs étapes sur l'efficacité, l'efficience, la cohérence, la pertinence et la valeur ajoutée européenne du règlement. La Commission prévoit actuellement de clore l'ensemble de la procédure d'ici le troisième trimestre 2024. Une proposition concrète de loi pourrait alors être publiée au quatrième trimestre 2024.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13446-Normalisation-europeenne-evaluation\\_fr](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13446-Normalisation-europeenne-evaluation_fr)

## 8<sup>e</sup> conférence d'EUROSHNET en 2024 à Cracovie

Les 13 et 14 juin 2024, le réseau de préventeurs EUROSHNET organise à Cracovie (Pologne) la 8<sup>e</sup> conférence européenne sur la normalisation, les essais et la certification dans la SST.

La politique et la législation européennes sont en constante évolution, notamment en réaction à ce qui se passe au niveau mondial. Des spécialistes de la SST, de la normalisation et de la réglementation mettront en lumière l'impact sur la SST des nouveaux champs d'action politiques et réglementaires de l'UE, tels que le Green Deal européen, l'économie circulaire, la loi sur l'IA, la loi sur la cyberrésilience et le règlement sur les machines. Élargissez votre réseau et venez discuter, lors de cette conférence, avec d'autres spécialistes sur la manière dont la normalisation devrait réagir à ces changements et défis fondamentaux, et sur la nécessité de nouveaux instruments d'essais et de certification.

Pour en savoir plus : [www.euroshnet.eu/conference-2024](http://www.euroshnet.eu/conference-2024)

## Nouvelle direction de la représentation de la KAN à Bruxelles

Le 15 août 2023, Ronja Heydecke a pris la direction de la représentation européenne de la KAN à Bruxelles. Après un cursus de bachelor en linguistique juridique européenne, suivie d'études de droit, cette juriste diplômée a travaillé presque deux ans à Bruxelles, au bureau de liaison avec l'UE de la Chambre alle-

mande des conseillers fiscaux, où elle représentait les intérêts de ce groupe professionnel au niveau européen.

La représentation européenne est un instrument central de la KAN. Elle agit au niveau de Bruxelles, en coopération avec divers groupes d'intérêt, en tant que voix de la SST allemande dans le domaine de la normalisation. Sa mission consiste à accompagner activement les évolutions européennes en matière de politique de normalisation, ainsi que la législation européenne relative à la SST et à la normalisation.

## Un nouveau directeur à l'EU-OSHA

L'Agence européenne pour la sécurité et la santé au travail (EU-OSHA) a une nouvelle direction : après avoir exercé la fonction de directeur exécutif par intérim, William Cockburn Salazar a été nommé nouveau directeur exécutif le 2 octobre 2023 par décision du Conseil d'administration. Il succède au Dr Christa Sedlatschek qui, de 2011 à 2021, a présidé aux destinées de l'Agence.

William Cockburn Salazar travaille depuis 1998 à l'EU-OSHA, et est depuis 2012 en charge de l'unité « Prévention et Recherche », qui élabore les contenus relatifs à la sécurité et à la santé au travail. Depuis 2021, il exerçait la fonction de directeur exécutif par intérim.

L'EU-OSHA est l'agence d'information de l'Union européenne en matière de sécurité et de santé au travail. Son travail contribue, entre autres, au cadre stratégique de la Commission européenne en matière de santé et de sécurité au travail, et apporte son soutien aux stratégies et programmes pertinents de l'UE.

Pour en savoir plus sur les missions et la structure de l'EU-OSHA : <https://osha.europa.eu/fr/about-eu-osha>

## Publications

### Understanding ICT Standardization

ETSI, l'Institut européen des normes de télécommunications, décrit dans un manuel exhaustif le rôle des normes et la manière dont elles sont élaborées, le paysage de la normalisation en Europe et ses aspects stratégiques, et bien d'autres aspects encore. Cet ouvrage (en anglais) vise à sensibiliser les enseignants et étudiants de différentes disciplines à l'importance de la normalisation. Chaque chapitre se termine sur un résumé, une rubrique questions-réponses, un glossaire et des liens de référence. Pour compléter ce manuel, des diapositives à utiliser en cours sont disponibles sur le site web de l'ETSI.

[www.etsi.org/education/teaching-material](http://www.etsi.org/education/teaching-material)

# Termine / Events / Agenda



15.-18.01.24 » Online

Crashkurs

**EU-Maschinenverordnung vs. Maschinenrichtlinie**

VDI Wissensforum

[www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/eu-maschinenverordnung-vs-mrl](http://www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/eu-maschinenverordnung-vs-mrl)

16.-17.01.24 » Frankfurt/ Main

Seminar

**Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) und Produkthaftung**

VDI Wissensforum

[www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/prodsg-und-produkthaftung](http://www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/prodsg-und-produkthaftung)

18.-19.01.24 » Bonn

Workshop

**DKE IEC Conformity Assessment Bootcamp**

DKE/IEC

[www.vde.com](http://www.vde.com) Bootcamp conformity

23.01.24 » Online

Seminar

**DKE/ZVEI-Onlineseminar zur elektrotechnischen Normung**

DKE/ZVEI

[www.vde.com](http://www.vde.com) elektrotechnische Normung

24.-25.01.24 » Essen/hybrid

Fachkonferenz

**Arbeitsschutztagung**

Haus der Technik

[www.hdt.de/arbeitsschutztagung-h020011286](http://www.hdt.de/arbeitsschutztagung-h020011286)

21.-22.02.24 » Langenhagen

Fachveranstaltung

**Technical Safety Dialogue: Opportunities and risks of digitalisation for the safety of machinery and process plants**

ISSA

[www.safe-machines-at-work.org](http://www.safe-machines-at-work.org) dialogue

06.-08.03.24 » Stuttgart

GfA-Frühjahrskongress

**Arbeitswissenschaft in the loop:**

**Mensch-Technologie-Integration und ihre Auswirkung auf Mensch, Arbeit und Arbeitsgestaltung**

Gesellschaft für Arbeitswissenschaft e.V.

[www.gesellschaft-fuer-arbeitswissenschaft.de](http://www.gesellschaft-fuer-arbeitswissenschaft.de)

13.03.24 » München

Arbeitsmedizinisches Kolloquium

**Klimawandel und gesundheitliche Auswirkungen am Arbeitsplatz**

DGUV

[www.dguv.de/de/praevention/kampagnen/arbmed\\_kolloquium/index.jsp](http://www.dguv.de/de/praevention/kampagnen/arbmed_kolloquium/index.jsp)

16.-17.04.24 » Online

Seminar

**CE-Kennzeichnung im Maschinen- und Anlagenbau**

VDI Wissensforum

[www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/ce-kennzeichnung](http://www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/ce-kennzeichnung)

05.-06.06.24 » Zürich

Fachmesse

**ArbeitsSicherheit Schweiz 2024**

ArbeitsSicherheit Schweiz

[www.arbeits-sicherheit-schweiz.ch](http://www.arbeits-sicherheit-schweiz.ch)

13.-14.06.24 » Krakau (PL)

8th EUROSHNET Conference

**World in transition – Europe in adaptation – OSH under pressure**

EUROSHNET

[www.euroshnet.eu/conference-2024](http://www.euroshnet.eu/conference-2024)

22.-25.09.24 » Dresden

12th International Working on Safety Conference

**Building a resilient future towards sustainable safety in a rapidly changing world**

Working on Safety network / DGUV

<https://wos2024.org/home.html>

## Bestellung / Ordering / Commande

[www.kan.de](http://www.kan.de) » Publikationen » KANBrief » KANBrief-Bestellservice (kostenfrei)

[www.kan.de/en](http://www.kan.de/en) » Publications » KANBrief » KANBrief subscription (free of charge)

[www.kan.de/fr](http://www.kan.de/fr) » Publications » KANBrief (gratuit)



Gefördert durch:



Bundesministerium für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Herausgeber / publisher / éditeur

Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)  
mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales

Redaktion / editorial team / rédaction

Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN), Geschäftsstelle  
Sonja Miesner, Michael Robert  
Tel. +49 2241 231 3450 · [www.kan.de](http://www.kan.de) · [info@kan.de](mailto:info@kan.de)

Verantwortlich / responsible / responsable

Angela Janowitz, Alte Heerstr. 111, D – 53757 Sankt Augustin

Übersetzung / translation / traduction

Odile Brogden, Marc Prior

Publikation

vierteljährlich / published quarterly / parution trimestrielle

ISSN: 2702-4024 (Print) · 2702-4032 (Online)